

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
Erich Hiltinghaus, Berlin.  
Telefon: Karl Dörfel 4124-4125



**Stellen für Verlag und Redaktion:**  
Berlin O 2 61, Zehn-März-Platz 6  
Telefon: Copeland

Die Gestaltung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders bestimmt ist. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders bestimmt ist.

Berlin, den 18. März 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Die Kloake.

Die Nazi-Pressenachricht nach der Niederlage.

SPD. Ein altes Sprichwort gibt dem Besiegten das Recht sieben Tage zu schimpfen. Das gilt auch für Herrn Hitler und seine Kumpane, und wir gönnen ihnen gern die Freiheit, sich eine Woche den blaugedroschenen Hintern zu reiben. Täten sie es wenigstens mit Anstand und Würde, wir dächten nicht daran den Vorhang wegzuziehen, hinter dem sich die Ritter von der traurigen Gestalt ihre Wunden salben. Anstand, Würde? Es wäre zuviel verlangt von den Pächtern des Dritten Reiches und den Patentgermanen.

Es gehört selbstverständlich zum Rechen- und Bluff-System der "Braunen Häuser", die Niederlage vom 13. März mit treudeutschem Gruss und Hitlerheil in einen "gewaltigen Sieg" umzuwandeln, denn die Kindlein, sie hörens so gerne "Als Häufchen Elend", schreibt z.B. das Dresdener Nazi-Blatt des Fabrikanten Mutschmann, "kauert das Novembersystem am Boden und ist froh, das nackte Leben gerettet zu haben... Dass der Angriff gegen das Zentrum und gegen die marxistische Front sofort in schärfster Form erneut aufgenommen werden wird, hat fast Panikstimmung erzeugt... denn wir sind gemäss dem Befehl unseres Führers von Kopf bis Fuss auf Kämpfen eingestellt!" Damit es aber die Teutonen des Dritten Reiches wirklich glauben, dass sie gesiegt haben und wie die anderen zittern, schreit eine Balkenüberschrift: "Das Ausland gibt Hitlers Erfolg zu! Befriedigung in Rom!"

"Unser Triumph... unser triumphaler Riesenerfolg, den höchstens die Soldschreiber der Systempresse hinwegdividieren können", heult es in Halle, in Stuttgart, in Schwerin, in Breslau und Essen, und "die Pressestelle der Reichsleitung in München" schlägt den Takt zu den Siegesmärschen: "Die Wahl hat den klaren Beweis geliefert, dass die Tage des Systems gezählt sind!" Vielleicht ist gar das Dritte Reich schon angebrochen? Die S-A-Leute wissen es nur noch nicht?

Welch furchtbarer Schlag ins Kontor der Braunen Häuser der 13. März in Wahrheit gewesen ist, das sickert nur durch die Beilagen und in den kleinen Notizen der Hitlerpresse. So gesteht es z.B. gelegentlich eines kleinen Ohnmachtsanfalles der "Kampf" in Halle: "Bei uns Nationalsozialisten hat die Wahl eine stark reinigende Wirkung gehabt. Alle diejenigen nämlich, die sich noch schnell in letzter Minute zu uns bekannten, weil sie mit uns genau die gleichen Geschäfte machen wollten, wie ehemals mit anderen Parteien, diese Leute sind enttäuscht!" Wieviele "dieser Leute" unter den "elf Millionen erprobten Kämpfern" sind, das steht allerdings nicht in den Schlagzeilen und Leitartikeln.

So purzeln und taumeln die Geschlagenen von einem Extrem ins andere, so greifen sie von einem Salbentöpfchen ins andere. Sie wissen garnicht mehr, was sie tun, was sie schreiben, wie sie sich gegenseitig belügen und betrügen und widersprechen, genau so wie Hitler, der nach der Wahl von München in die Welt posaunte, es werde ihm im zweiten Wahlkampf gelingen, "die fehlenden

Millionen irregeleiteter Volksgenossen" zu sich herüberzuziehen und dann am Dienstag in Weimar öffentlich erklärte: er freue sich, nur diese 11 Millionen Stimmen erhalten zu haben im Hinblick auf den Schundhaufen und die "Fabrikationsware der Natur", als das die Hindenburg- und Düsternberg-Wähler zu betrachten seien! Sieben Tage Schimpffreiheit, und ganze Kübel von Unrat entleeren sich über Hindenburg und über alle jene 27 Millionen Menschen, die Hitler am 13. März einen Absagebrief geschrieben haben. "Widerliches Spiesserpäck", "Judenlummel", "Marxistenbrut", "Rot-Mord", "Jesuitengeschmeiss", "Zen-trumpfpaffen", "jesuitische Rundfunksalbader", "Judenpresse", "marxistische Schweinehunde", weil sie "den grössten Führer des Jahrhunderts" nicht gewählt und, wie Prinz Auwi in Potsdam von Hindenburg sagte: "den alten Feldwebel nicht fortgejagt haben". Eine Kloake öffnet sich, wenn man diese Presse des "Dritten Reiches" aufschlägt, und wie gross die Wut, dass die Futterkrippen des Staates den gewaltigen Recken verschlossen bleiben, das besagen die Indiantänze und Drohungen am Lagerfeuer, an denen die Helden traurig sitzen.

"Jetzt geht es weiter", ruft im "Völkischen Beobachter" vom 16. März der Urgermane Gunter d'Alcoun, "mit einer Erbitterung, mit einer Rücksichtslosigkeit, die Deutschland noch nicht erlebt haben soll. Schluss jetzt mit aller Gefühlsduselei und Rücksichtnahme, jetzt kommt der Hass, der Hass gegen alles, was gegen uns steht . . . nur wir sind Deutschland, dessen letztes Aufgebot um sein Leben kämpfen will. Und wir werden Deutschland erhalten, trotz Pest, Teufel und Tod!" "Trommelfeuer . . . Feind packen und zusammenhauen . . . In Stücke hauen . . . noch härter und rücksichtsloser wie bisher", tobt der sächsische "Freiheitskampf", "der Führer hat befohlen . . . letzte Reserven heraus, bis zur Vernichtung des Gegners!"

So ertragen sie ihre Niederlage - wie hätten sie sich erst bei ihrem Sieg benommen? Anstand, Würde? Hier gilt nur noch eins: Heilt Hitler und seine Kumpane, damit die Luft in Deutschland wieder rein und gesund wird.

-----

SPD. Darmstadt, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Hessischen Landtag folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschliessen: Die hessische Regierung möge alle militärisch organisierten Lehrverbände der NSDAP mit sofortiger Wirkung auflösen. Die hessische Regierung möge ein gleiches Ersuchen dringend an die Reichsregierung und an die übrigen deutschen Länderregierungen richten.

-----

SPD. Manchen deutschen Arbeiter hat die kommunistische Propaganda nach Sowjetrussland gelockt, weil er dort das Paradies der Arbeit zu finden glaubte: keine Ausbeutung, menschliche Arbeitsbedingungen, anständigen Lohn. Dazu noch das Gefühl, der herrschenden Klasse, dem Proletariat anzugehören. Sie alle sind enttäuscht worden. Um bei dem letzten anzufangen: sie haben alle sehr rasch gemerkt, dass der Arbeiter in Russland garnichts zu sagen hat, und dass jeder der meckert ebenso mit der GPU Bekanntschaft macht wie der, der ernsthafte Kritik übt.

Die Arbeitsbedingungen sind nicht besser. Antreibersystem, lange Arbeitszeit und dazu niedrige Löhne - denn Sowjetrussland hat Inflation. Ein unge-lernter Arbeiter verdient höchstens 90 Rubel im Monat, das sind nach deutschen Geld etwa 20 Mark, ein hochqualifizierter Arbeiter bis 180 Rubel im Monat, etwa 40 Mark. Nun kann er zwar billig im Betrieb essen - aber wo kommen Wohnung, Kleidung, Ernährung für Frau und Kind her? Sollen sie nicht verhungern und verlumpen, so muss auch die Frau mitarbeiten, und selbst dann

lebt die Arbeiterfamilie noch viel schlechter als eine durchschnittliche Arbeiterfamilie in Deutschland.

So sieht das Arbeiterparadies Sowjetrussland aus. Zwischen dem Lebenshaltungsniveau der deutschen Arbeiter und der russischen Arbeiter ist kein Vergleich. Der deutsche Arbeiter ist dem russischen in der Eroberung seines Arbeiterdaseins um ein Jahrhundert voraus.

-----

SPD. Dresden, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der von der Sozialdemokratie zu den Nazis hinübergewechselte 2. Bürgermeister von Dresden Dr. Bührer veröffentlicht in dem Dresdener Naziorgan eine Darstellung, aus der hervorgehen soll, dass die Sozialdemokratie an allerlei Misständen in der Dresdener Kommunalverwaltung schuld sei. Das Schreiben verfolgt den Zweck eines Entlastungsversuchs, den Dr. Bührer unternimmt, weil er sich selbst die schwerste finanzielle Misswirtschaft hat zuschulden kommen lassen.

Wie die "Dresdener Volkszeitung" mitteilt, hat Bührer Deutsche Anleiheablösungsschuld ohne Auslosungsrecht, also ein Papier, das keine Zinsen bringt und bei dem auch die Rückzahlung in keiner Weise gewährleistet ist, im Nennwert von 62½ Millionen bei einem Kurse von 125 % für rund 9½ Millionen Reichsmark gekauft und zwar ohne Wissen des Oberbürgermeisters und der städtischen Körperschaften und auch ohne der sozialdemokratischen Rats- und Stadtverordnetenfraktion ein Wort gesagt zu haben. Heute steht der Kurs dieser Papiere auf 2 5/8, sodass also, abgesehen vom Zinsverlust, die Stadt Dresden durch Bührer 7 Millionen Mark verloren hat. Die Angelegenheit wird von einem Untersuchungsausschuss der Stadtverordneten nachgeprüft werden, dessen Einsetzung bereits von den Mittelparteien gefordert ist. Bührer hat die Stirn, zu behaupten, dass es sich bei den gekauften Papieren um mündelsichere Papiere handelt; aber nach den in Frage kommenden Bestimmungen des BGB müssen mündelsichere Papiere verzinslich sein.

-----

SPD. Die Parteileitung der NSDAP hat auf Grund der Haussuchungen in den preussischen Geschäftsstellen der Nazis erklärt, dass das Reichsinnenministerium bereits 8 Tage vor der Wahl durch den Stabschef Röhm darüber unterrichtet worden sei, dass sie am Tage der Wahl die SA in ihren Unterkunftslokalen zusammenziehen wolle, um sie in der Hand zu behalten. Dazu erklärt der Reichsinnenminister:

"Es ist zutreffend, dass Herr Röhm einige Tage vor der Wahl mir als Reichsinnenminister hat melden lassen, dass er beabsichtige, für den Wahltag die SA in ihren Unterkunftsräumen geschlossen zusammenzuhalten, um allen Zusammenstößen auf der Strasse vorzubeugen. Gegen diese Massnahme bestanden beim Reichsinnenminister keine Bedenken, besonders auch deshalb, weil dadurch die Verantwortlichkeit der obersten SA-Leitung für alle etwaigen Vorkommnisse klar festgestellt war. Der ruhige Verlauf des Wahltages hat der Auffassung des Reichsinnenministers Recht gegeben.

Was die in den letzten Tagen in der Presse verbreiteten Nachrichten über Mobilmachung der SA und Putschabsichten anbetrifft, so handelt es sich dabei zum Teil um alte bekannte Nachrichten. Soweit es sich um neue Nachrichten handelt, werde ich sie unverzüglich scharf nachprüfen. Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd sorgfältig beobachtet und jede der Nachrichten auf ihre Richtigkeit nachgeprüft.

Ich habe den preussischen Minister des Innern gebeten, mir schleunigst das bei den Haussuchungen der letzten Tage gefundene Material zugänglich zu machen. Nach Prüfung desselben werde ich meine weiteren Entschlüsse fassen."

Groener nimmt in dieser Erklärung zu dem Vorgehen Severings in Preussen nicht direkt Stellung. Immerhin liegt in der Feststellung, dass es sich bei dem in den letzten Tagen in der Presse veröffentlichten Material um "alte Nachrichten" gehandelt hat, mindestens eine indirekte Stellungnahme; denn das Material stammte in der Hauptsache aus amtlichen preussischen Quellen. Es war bis zu seiner Veröffentlichung in seiner Gesamtheit wahrscheinlich Herrn Groener, nicht aber der breiten Öffentlichkeit bekannt und konnte auch nicht bekannt sein, weil es sich nicht um "alte" Nachrichten handelte sondern um Material, das zum grossen Teil in letzter Zeit beim preussischen Innenministerium eingelaufen ist. Aber selbst wenn es so alt gewesen wäre, wie es Herr Groener hinzustellen versucht, hätte die preussische Regierung eine Pflicht versäumt, wenn sie nach der Wahl nicht eingegriffen hätte; denn durch das was sich am Tage vor der Wahl und am Wahltag selbst innerhalb der SA abgespielt hat, ist auch der Teil des Materials wieder aktuell geworden, der nicht erst 24 oder 48 Stunden nach dem 13. März in den Besitz der preussischen Staatsregierung gelangt ist.

Weiss Herr Groener wirklich nichts davon, dass die SA am Wahltag in mehreren Teilen des Reiches feldmarschmässig zusammengezogen war, dass ihre Mitglieder zum Teil bewaffnet angetroffen wurden, dass der SA in verschiedenen Teilen des Reiches übereinstimmend anbefohlen war, sich für mehrere Tage mit Proviant zu versehen und dass beispielsweise im Zwickauer Bezirk und anderswo nicht die ortsansässige SA sondern fremde SA-Formationen zusammengezogen waren? Und alles das nur, wie ausgerechnet Herr Röhm es dem Reichsinnenminister mitgeteilt hat, um die SA vor Zusammenstössen mit politischen Gegnern zu bewahren?

Noch ist die Aktion der preussischen Staatsregierung nicht abgeschlossen. Die Sichtung des Materials dürfte noch einige Tage in Anspruch nehmen. Aber das Material, das allein in Berlin beschlagnahmt wurde, rechtfertigt das Vorgehen des preussischen Innenministers bereits in seinem ganzen Umfange. Wir sind überzeugt, dass selbst Herr Groener bei seiner Kenntnisnahme einigermaßen überrascht sein wird, wie wir nach allem was sich in den letzten Tagen getan hat und zumal angesichts bestimmter Erklärungen von seiner Seite über die obige Verlautbarung überrascht und merkwürdig berührt sind. Aber darüber vielleicht dieser Tage mehr!

SPD. Bochum, 18. März (Eig. Drahtb.)

In Wanne-Eickel wurden vom Polizeipräsidium Bochum zwei SA-Heime geschlossen, weil bei ihrer Durchsuchung Schuss- und Hieb Waffen gefunden worden waren.

In Witten wurden am Donnerstag bei einem SA-Führer zwei Revolver und ein Tesching und bei einem SS-Sturmbannerführer eine Pistole gefunden. Die Waffen waren polizeilich nicht gemeldet. Ein Strafverfahren ist eingeleitet.

In der Nacht nach dem Wahltag wurden in der Nähe von Schwelm zwei Lastkraftwagen mit zum Teil uniformierten und bewaffneten SA-Leuten angehalten und durchsucht. Auch hier wurden Schuss- und Hieb Waffen beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden dem Schnellrichter zugeführt.

SPD. Paris, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die Zeitschrift "Illustration" veröffentlicht in ihrer Freitag-Nummer unter dem Titel "Das Friedensapostolat" einen Artikel Poincarés über Briand. In ihm wird die Persönlichkeit und das Werk des toten Staatsmannes in geradezu begeisterter Weise gelobt.

Poincaré schreibt u.a.: "Nach dem Abschluss des Krieges hat Briand ständi für den Frieden gearbeitet. Er hat nicht nur der Sache der Menschheit, sondern

der seines eigenen Landes gedient. Er hat sich über gewisse Methoden täuschen und sich manchmal mit zu vagen oder etwas zweideutigen Formeln begnügen können. Aber es ist schon viel wert, dass er hartnäckig vor der ganzen Welt die Friedensidee verteidigt und sich öffentlich zu ihrem Apostel und Missionar gemacht hat. Selbst wenn derartige Versuche nicht alle erwarteten Ergebnisse zeitigen, hinterlassen sie trotzdem eine Atmosphäre, die der Entfaltung des Friedens günstig ist. Briand suchte stets im Raum und in der Zeit über die Grenzen hinauszusehen, in denen er, wie wir alle, eingeschlossen war. Es ist jetzt unsere Aufgabe, sein Werk zu vollenden, ohne Frankreich oder irgend eine andere politische Nation zu gefährden."

---

SPD. Am Donnerstag und Freitag veranstaltete das Reichsbanner in Berlin eine Bundeskonferenz. Anwesend waren der Bundesvorstand und die Geschäftsführer der 31 Gaue.

Die Tagung nahm am Donnerstag ein Referat des Bundesführers Höltermann entgegen, das sich mit der Arbeit bei der Reichspräsidentenwahl beschäftigte und die Aufgaben für die bevorstehenden Wahlgänge darlegte. Am zweiten Tage erstatteten die Vertreter der Gaue Bericht über ihre bisherige Arbeit im Wahlkampf. Aus den Darlegungen ergab sich mit überzeugender Kraft, dass Reichsbanner und Eiserne Front durch restlosen Einsatz von Menschen und Mitteln einen erheblichen Teil an dem Erfolg des ersten Wahlgangs für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt sind. Durch mehr als hunderttausend Versammlungen, Kundgebungen und Aufmärsche unter der Parole: "Schlagt Hitler, wählt Hindenburg" wurden Millionen von Menschen für die grosse Entscheidung mobilisiert. Weiter ergaben die Berichte der Gauvertreter Klarheit darüber, wo beim zweiten Wahlgang der Kampf mit verstärkter Energie zu führen ist. Es wird sich dabei in erster Linie um einen weit kräftigeren Vorstoss auf das flache Land handeln, das, wie die Mitteilungen aus Braunschweig, den nördlichen und östlichen Teilen des Reiches, ganz klar ergaben, im ersten Wahlgang vollkommen unter nationalsozialistischem Terror gestanden hat. Alle Ausführungen waren beseelt von dem unerschütterlichen Kampfwillen und dem unerhörten Opfersinn, der heute das Reichsbanner bis zum letzten Kameraden erfüllt.

---

SPD. Paris, 18. März (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Bordeaux ist am Freitag-Früh ein mit sechs Personen besetztes Automobil durch ein Versehen bei der Steuerung in die Geronde gestürzt. Fünf Insassen des Wagens sind ertrunken, der sechste konnte sich im letzten Augenblick durch Absprung retten. Das Automobil wurde mit den fünf Leichen einige Stunden später geborgen.

---

SPD. Im Siedlungsausschuss des Reichstages brachten am Freitag Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Anträge zur Besprechung, die sich auf eine sofortige Senkung aller Landpachten, auf erhöhten Kündigungsschutz für Kleinpächter und auf verstärkte Ansiedlung von Landarbeitern beziehen. Zwar wurde, da die Kommunisten ihre Vertreter nicht vollzählig zur Stelle hatten, ein sozialdemokratischer Antrag auf sofortige Ermässigung aller Pachte für Kleinpächter um 30 % mit Stimmgleichheit abgelehnt. Immerhin gelang es, in einer zweiten Abstimmung mit Hilfe eines Vertreters der deutschen Bauernschaft einen Antrag durchzubringen, der eine Senkung um 25 % fordert.

Um zu verhüten, dass durch die Senkung der Pachten neue starke Kündigungen von Pachtungen erfolgen, wurde ein zweiter sozialdemokratischer Antrag einge-

bracht, nach dem Pachtkündigungen nur dann erfolgen dürfen, wenn nachweisbar schlechte Bewirtschaftung oder wiederholtes böswilliges Verschulden des Pächters vorliegt. Dieser Antrag konnte mit den Stimmen der Linken angenommen werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich die Abgeordneten Jäcker (Soz. Tempel (Soz) und Biester (Soz) beteiligten, wurde unter Zustimmung fast aller Parteien darauf hingewiesen, dass die Besiedlung der Güter im Osten unter keinen Umständen dazu führen dürfe, die ansässigen Landarbeiter brotlos zu machen. Vielmehr sei es notwendig, gerade die Landarbeiter, die die örtlichen Verhältnisse am genauesten kennen, bevorzugt anzusiedeln. Die Regierung liess mitteilen, dass die auf Drängen des Ausschusses erlassenen neuen Richtlinien für die Ostsiedlung diesem Gesichtspunkt der Sozialdemokratie bereits in vollem Masse Rechnung trügen.

Die Beschlüsse, die in ihren wesentlichen Teilen die Zustimmung des ganzen Ausschusses fanden, bedeuten für die Reichsregierung; eine starke Bindung, der sie sich nicht entziehen kann. Die Verhältnisse sowohl der Kleinpächter als auch der Landarbeiter im Osten beginnen eine Gefahr für den Staat zu werden, wenn diesen Landproletariern nicht umfassend und sofort Hilfe gewährt wird. Es geht nicht an, dass die Sicherungsmassnahmen des Staates, die aus der allgemeinen wirtschaftlichen Lage heraus verordnet werden mussten, nur den grösseren und relativ gesicherten Existenzen zugute kommen, während man die kleinen schutzlos den Stürmen der Wirtschaftskrise aussetzt. Die Sozialdemokratie hofft noch vor dem Ostertermin auf eine Entscheidung des Reichskabinetts. Die Verhältnisse werden sonst katastrophal werden.

-----

SPD. London, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die erste Reaktion der englischen Regierung auf die von de Valera im irischen Parlament gemachte und später in einem Interview verschärfte Erklärung seiner Politik, die die Verweigerung der Zahlung der sogenannten Landannuitäten in sich schliesst, war am Freitag bei einer Rede Neville Chamberlains in Birmingham zu spüren. Der Schatzkanzler der Regierung sagte in recht scharfen Worten, dass England sich auf einen einseitigen Bruch der vertraglichen Abmachungen durch Irland nicht einlassen werde. Ein solches Vorgehen musste alle alten Bitternisse zwischen England und Irland wieder aufrühren.

-----

SPD. Die Freitagsitzung des Preussischen Landtags war voraussichtlich die letzte vor der Neuwahl.

Nach der erfolgreichen Stäupung der Rechtsparteien und insbesondere der Nationalsozialisten durch den Ministerpräsidenten Otto Braun und den sozialdemokratischen Fraktionsredner Heilmann am Donnerstag brachte der Abschluss der grossen politischen Etatdebatte am Freitag nichts neues mehr. Mit diesen beiden Reden war am Donnerstag der Höhepunkt überschritten. Was am Freitag folgte, war eine Nachlese von Fraktionsrednern, die das Bedürfnis verspürten, vor dem endgültigen Auseinandergehen des Parlaments unbedingt noch einmal zu sprechen. Es war eine politische Auskehr und es herrschte Abschiedsstimmung im ganzen Hause. Ab und zu versuchten zwar die Kommunistendiese Stimmung durch das Gebrüll ihrer Sprechchöre etwas zu heben, aber es blieb bei dem Versuch. So begnügte sich das Haus diesmal mit der einen Lesung des Etats, da es der vorgerückten Zeit wegen unmöglich ist, ihn zur Einzelberatung dem Hauptausschuss zu überweisen.

Im Anschluss an die politische Aussprache folgte Beratung und Abstimmung über den Antrag der Wirtschaftspartei, das Wahlalter in Preussen von 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen. Der Abg. Hestermann von der Wirtschaftspartei begrün-

dete diesen Antrag mit dem Hinweis, dass die radikalisierte jüngere Generation sich nicht als ernst und reif genug erwiesen habe, durch die Wahl über schwerwiegende politische Probleme mit zu entscheiden. Der Kommunist Schulz-Neukölln wandte sich in einer Schimpfkanonade dagegen und er wäre kein richtiger Kommunist, hätte er nicht auch diese letzte Gelegenheit benutzt, über die Sozialdemokraten herzufallen.

Bei der Abstimmung, die eine namentliche war, gaben Sozialdemokraten, Deutschnationale und Kommunisten keine Karten ab, sodass das Haus beschlussunfähig wurde. Hierauf hob Präsident Wittmaack die Sitzung mit der Erklärung auf, dass diese Sitzung wahrscheinlich die letzte des Landtags in dieser Legislaturperiode gewesen ist. Er behalte sich jedoch nach seinem Ermessen eine nochmalige Einberufung des Landtages, falls sich eine Notwendigkeit hierzu ergeben sollte, vor der Neuwahl vor.

Damit hat also aller Wahrscheinlichkeit nach die Tätigkeit des im Frühjahr 1928 gewählten Preussischen Landtages für diese Legislaturperiode ihr Ende erreicht. Der Kampf um den neuen Landtag beginnt. Er ist nicht minder bedeutungsvoll wie die Reichspräsidentenwahl. Die Absicht der Rechtsparteien mit Einschluss der Nationalsozialisten, in Preussen die alte Bastion der Reaktion zurück zu erobern, wird zuschanden werden an dem eisernen Willen der hinter der Sozialdemokratie stehenden Volksmassen, das neue Preussen der Demokratie unter allen Umständen zu halten. Die Sozialdemokratie wird diese Schlacht schlagen, auch gegen die Kommunisten, die sich auch in dieser geschichtlichen Auseinandersetzung wieder als treue Verbündete der Reaktion erweisen.

-----

SPD. London, 18. März (Zig. Drahtb.)

Der Generalregent von Neu-Südwaales teilt mit, dass auf den Premierminister von Neu-Südwaales bei der feierlichen Eröffnung einer neuen Brücke über den Hafen von Sidney ein Komplott beabsichtigt war. Mehrere Personen hätten im Begriff gestanden, den Ministerpräsidenten von der Brücke aus ins Wasser zu stürzen. Der Labour-Premier wird in Australien wegen seiner Finanzpolitik insbesondere seit der Bildung der australischen Rechtsregierung stark angefeindet.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Von nationalsozialistischer Seite wird der angebliche Inhalt einer Unterredung zwischen dem Reichsinnenminister Groener und dem nationalsozialistischen Abgeordneten Goering und Frank II verbreitet.

Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, dass die Besprechung, um die die beiden Abgeordneten nachgesucht hatten, vertraulich war und die Darstellung der beiden Abgeordneten in wesentlichen Teilen unzutreffend ist. Reichsinnenminister Groener hat sich lediglich darauf beschränkt, die Erklärungen der nationalsozialistischen Abgeordneten entgegenzunehmen. Insbesondere wird von unterrichteter Seite erklärt, dass die Behauptung, der Reichsinnenminister sei von der Aktion Preussens überrascht und wenig erfreut, unzutreffend ist. Reichsinnenminister Groener hat sich jeder Stellungnahme gegenüber der preussischen Aktion enthalten und über die schwebenden Untersuchungen des preussischen Innenministers keinerlei Urteil abgegeben. Es wird weiter auf die bereits verbreitete Erklärung des Reichsinnenministers verwiesen, wonach er die Uebersendung des von Preussen in Aussicht gestellten Materials abwartet und nach dessen Prüfung seine weiteren Entschlüsse fassen werde.

Dieses Dementi des Reichsinnenministers beweist wieder einmal mit aller Deutlichkeit, was von parteiamtlichen Erklärungen der Nationalsozialisten zu halten ist. Was Herr Groener hier von der Nazi-Erklärung über seine Unter-

redung mit den beiden Nazi-Abgeordneten sagt, trifft durchweg auf alle Nazi-Verlautbarungen zu und das gilt insbesondere auch von den nationalsozialistischen Versicherungen hinsichtlich der preussischen Polizeiaktion: Alles "unzutreffend". Aber wann zieht Herr Groener daraus die notwendigen Konsequenzen?

SPD. Weimar, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der Untersuchungsausschuss des Thüringischen Landtags zur Ueberprüfung gewisser Vorkommnisse in der thüringischen Landespolizei tagte am Freitag in Gotha, um zu den Vorgängen Stellung zu nehmen, die sich in der Nacht vom 23. zum 24. November 1931 in Gotha abgespielt haben.

In der fraglichen Nacht nach 23 Uhr wurden etwa 150 demonstrierende Nationalsozialisten von einem Ueberfallkommando festgenommen und zur Polizeikaserne gebracht. Man glaubte erst, dass man es mit Kommunisten zu tun habe. Auf dem Wege zur Kaserne stellte sich jedoch heraus, dass es Nationalsozialisten waren. Der Führer des Ueberfallkommandos hielt es deshalb nicht für notwendig, die Stelle, an der die Nationalsozialisten festgenommen wurden, nach Waffen absuchen zu lassen. Am andern Tage fanden Zivilpersonen an der betreffenden Stelle verschiedene Waffen, die der Polizei übergeben wurden. Von dem SA-Führer Zimmermann, der bei der Festnahme der Nazis abseits stand und nicht mit festgenommen wurde, der bei dieser Gelegenheit aber etwas mit dem Gummiknüppel abbekam, weil er den Anordnungen der Polizei nicht Folge leistete, wurden sofort die Führer der Nationalsozialisten telefonisch herbeigerufen. Es erschienen der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hennicke und der Nazi-Reichstagsabgeordnete Triebel-Gotha, die bereitwilligst von dem Polizeidirektor Herfurth und dem Polizeimohar von Brandt auf dessen Dienstzimmer empfangen wurden und sich über eine halbe Stunde mit diesen Herren unterhalten durften, bis die Freilassung der Festgenommenen angeordnet wurde. Dieser Befehl überbrachte der Nazi-Abgeordnete Hennicke, der in der Kaserne mit Hitler-Heil empfangen wurde und eine kleine Ansprache halten durfte, wobei er ausführte, dass nur ein Versehen vorliege. Die Verhafteten seien für Kommunisten gehalten worden. Dem SA-Führer Zimmermann wurde sogar gestattet, sich den Polizeibeamten herauszusuchen, der ihn mit dem Gummiknüppel geschlagen haben soll. Allerdings fand er ihn nicht.

Während der Zeugenvernehmungen wurden die sozialdemokratischen Mitglieder des Untersuchungsausschusses von den anwesenden Führern der Nationalsozialisten in der gemeinsten Weise beschimpft und bedroht, sodass der Vorsitzende wiederholt eingreifen musste. Auf die Frage eines kommunistischen Ausschussmitgliedes an den Gothaer Polizeimajor, ob er so gehandelt haben würde, wenn es sich um Kommunisten gehandelt hätte und die Führer der Kommunisten ebenfalls bereitwilligst in sein Dienstzimmer genommen hätte, um mit ihnen zu verhandeln, antwortete dieser Herr: "Ich würde das von Fall zu Fall entscheiden. In die Kaserne würde ich sie auf keinen Fall lassen, auch würde ich nicht so lange mit ihnen verhandeln. Am liebsten sähe ich sie überhaupt nicht." Auch auf die Frage eines sozialdemokratischen Ausschussmitgliedes, wie er sich verhalten würde, wenn es sich um Mitglieder einer anderen, z.B. einer republikanischen Partei gehandelt hätte, antwortete der Polizeimajor ausweichend und erklärte, dass er auch hier von Fall zu Fall entscheiden würde.

Als die Sozialdemokraten den Sitzungssaal verliessen, wurden sie auf dem Korridor von den Nationalsozialisten wieder beschimpft und bedroht, ohne dass die Polizei eingriff. Der Abgeordnete Hennicke drohte seine SA herbeizuholen, damit die Marxisten eine Abreibung bekommen sollten. "Ihr seid in Gotha!" rief er den Sozialdemokraten zu. Der Nazireichstagsabgeordnete Triebel erklärte den Sozialdemokraten gegenüber wiederholt, dass es eine furchtbare Abrechnung geben werde, wenn die Nationalsozialisten ans Ruder kommen würden. Polizeibeamte mischten sich hier ein und behaupteten, die Sozialdemokraten



hätten ihren Führer beleidigt. Der Polizeimajor von Brandt bezeichnete den sozialdemokratischen Abgeordneten Gründler als einen jungen Mann. - Gründler ist 35 Jahre alt - und drohte ihm mit der Faust, als ob er ihn schlagen wolle. Obendrein drohte er mit Verhaftungen, obwohl hierzu nicht der geringste Grund vorlag. Bürgerliche Abgeordnete waren über diese ungeheuerlichen Vorkommnisse empört.

-----

SPD. In der parteiamtlichen Verlautbarung der NSDAP über die Unterredung der Nazi-Abgeordneten Goering und Frank mit dem Reichsinnenminister, die von Groener als im wesentlichen unzutreffend bezeichnet wird, heisst es, der Minister habe erklärt, er würde das Material untersuchen und hege bei weitem nicht die Befürchtungen, die von einigen Seiten an die Angelegenheit geknüpft würden. Er glaube, dass es Hitler durchaus ernst mit der Durchführung der Legalität sei; zur Beunruhigung sehe er keinen Anlass. Gegen ein Verbot der Partei würde er sich mit aller Entschiedenheit wenden. Er werde das beschlagnahmte Material prüfen, es aber auch mit dem ihm von der NSDAP übergebenen Material vergleichen.

Das ist wie gesagt nach Groener im wesentlichen unzutreffend! Und das ist charakteristisch für die parteiamtlichen Verlautbarungen der NSDAP.

-----

SPD. Paris, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die beiden Bergarbeiter, die in einer Grube von Frèsnes durch ein Einsturzungsglück abgeschlossen wurden, sind am Freitag-Vormittag befreit worden. Sie waren beide vollkommen erschöpft.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

## Die gekreuzten Dolche.

Der Satir von Marseille - Der Geliebte der Vierzehnjährigen - Untaten eines Mädchenmörders.

SPD. Paris, Mitte März (Eig. Bericht)

Sie nennen ihn den Satir von Marseille. Seit drei Wochen setzt er die grosse Mittelmeerstadt in panischen Schrecken. Drei Mordtaten verübte er in dieser Zeit, aber die polizeiliche Suche nach ihm war bisher vergeblich. Grosse Furcht hat sich der Bevölkerung bemächtigt.

Jedesmal waren die Umstände, unter denen die geheimnisvollen Verbrechen geschahen, die gleichen. Opfer waren Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren, die der Täter allein antraf. Der Mörder verübte sein unheimliches Werk stets innerhalb von wenigen Minuten. Als Mordwaffe dienten zwei Dolche, die nach der Tat an der Mordstelle, gekreuzt gelegt, gefunden wurden. Die gerichtsarztliche Untersuchung ergab in zwei Fällen, dass der Täter seine Opfer bis auf eines nicht vergewaltigt hatte.

Der erste Fall: Ein 16-jähriges Mädchen, das seinem Vater das Abendessen gebracht hatte, wurde auf dem Heimweg überfallen. Man fand die Tote schon eine Stunde darauf. Am Hals und am Körper sah man die Spuren von Dolchstichen. Der Tod war durch Verletzung der Schlagader eingetreten. Am Boden lagen zwei gekreuzte blutige Messer.

Das nächste Opfer war eine 13-jährige Schülerin. Das Kind musste noch spät Abends einen Weg machen und kam nicht zurück. Besorgt suchten die Eltern die Strassen ab, als sie plötzlich entsetzt zurückprallten: am Boden lag die Leiche ihres Kindes, daneben das Paar gekreuzter Dolche.

Die polizeilichen Feststellungen zum dritten Fall geben Hoffnung zur Ermittlung des unheimlichen Täters. Marie Louise Bonfiglio war ein für ihr Alter sehr reifes Mädchen. Zur Ueberraschung der Eltern stellte sich nämlich jetzt heraus, dass Marie Louise trotz ihrer vierzehn Jahre schon einen Geliebten besass. Dieser Mann, dessen Namen noch unbekannt ist und der unter Umständen als der gesuchte Mörder in Frage kommt, besuchte Marie Louise oft, wenn ihre Eltern abwesend waren. Ihre jüngere Schwester schickte Marie Louise stets vorher fort. Einmal aber kam die Schwester, von Neugierde getrieben, früher nach Hause, als ihr erlaubt war. Dabei sah sie zum erstenmal den Geliebten der Vierzehnjährigen, der allem Anschein nach auch am Tage der Ermordung Marie Louises in die Wohnung gekommen war. Die Schwester war an diesem Tag wieder fortgeschickt worden, Marie Louise war allein zu Hause geblieben. Eine Passantin gab später an, einen Schrei aus dem Hause gehört zu haben. Ob um diese Stunde das Verbrechen geschah, liess sich nicht genau nachweisen, es ist jedoch wahrscheinlich. Als die Eltern gegen fünf Uhr Nachmittags nach Hause kamen, fanden sie ihr Kind ermordet auf. Auf dem Tisch lagen - blutbefleckt und kreuzweise übereinander - zwei Messer aus dem Bestand der Familie Bonfiglio.

Die Schwester des ermordeten Kindes gab eine ziemlich genaue Beschreibung jenes Mannes, der Marie Louise häufig besuchte. Darauf meldete sich ein Friseur aus Marseille, der mitteilte, dass ein Mann dieses Aussehens sich bei ihm habe den Bart abrasieren lassen. Hunderte von Kriminalbeamten durchstreifen nun Tag und Nacht die alten Gassen und krummen Winkel der Mittelmeerstadt und suchen den Unheimlichen.

Fawczett entdeckt? Der seit sieben Jahren verschollene englische Forschungsreisende Oberst Fawczett soll im brasilianischen Urwald von einem Schweizer Jäger gesichtet worden sein. Man nimmt an, dass Fawczett, der in der brasilianischen Provinz Matto Grosso nach den Resten einer verschollenen weissen Kultur und insbesondere nach den letzten weissen Indianern suchen wollte, von einem Indianerstamm gefangen gehalten wird. Der englische Konsul in Sao Paulo liess eine Rettungsexpedition ausrüsten.

Sklarek-Prozess. Im Berliner Sklarekprozess brachte Obermagistratsrat Brandes, durch dessen Revision die Fälschungen der Bezirksamtsbestellungen aufgedeckt wurden, schwere Beschuldigungen gegen die angeklagten Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmitt vor. Brandes billigt den angeklagten Stadtbankdirektoren nicht zu, dass sie im Verkehr mit den Sklareks bis zum Tage des Zusammenbruchs in gutem Glauben gehandelt haben.

Die Weimarer Goethe-Woche. Auf der am Sonntag, den 20. März beginnenden Goethewoche in Weimar wird die Reichsregierung durch Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsinnenminister Groener und Staatssekretär Pünder, der Reichspräsident durch Staatssekretär Dr. Meissner, der Reichstag durch Reichstagspräsident Löbe vertreten sein. Am 22. März, dem 100. Todestag Goethes, findet eine offizielle Reichsgedächtnisfeier statt, an der zahlreiche ausländische Diplomaten und Gelehrte teilnehmen werden.

Falschmünzer. In Reppen bei Frankfurt/Oder wurde ein Motorschlosser unter der Beschuldigung, seit längerer Zeit falsche Zweimarkstücke hergestellt zu haben, verhaftet. In einer Schonung in der Nähe der Wohnung des Verhafteten fand man die zur Herstellung des Falschgeldes benutzte Presse.

Tod durch Bahnflug. Auf der ostpreussischen Bahnstrecke Szittkehmen-Goldap wurde ein mit zwei Personen besetzter Schlitten von einem Schneepflug der Reichsbahn erfasst, mitgeschleift und zertrümmert. Die beiden Insassen des Schlittens wurden getötet.

Schülerzug entgleist. Auf einer hohen Brücke in der Nähe des auf dem Kamin des Juragebirges liegenden Bahnhofs Eichstätt entgleiste der letzte Wagen eines mit Schülern und Schülerinnen vollbesetzten Zuges, lief einige Meter neben den Gleisen her und stürzte um. Glücklicherweise verfang sich der Wagen in der Eisenkonstruktion und blieb in der Luft hängen. 30 Personen erlitten durch zersplitterte Fensterscheiben und herabfallende Koffer Verletzungen.

Lawinenunglück. In der Nähe der Schwendlerhütte bei Hirschegg (Vorarlberg) wurden fünf deutsche Reichswehrsoldaten, die auf Skiern einen Ausflug zur Hammerspitze machen wollten, von einer Lawine verschüttet, konnten sich jedoch selbst befreien. Ein Gefreiter und ein Unteroffizier erlitten Verletzungen.

Otto Pniower +. In Berlin verstarb im Alter von 72 Jahren Otto Pniower, ein angesehener Goethe-Forscher, Mitherausgeber Fontane'scher Schriften und langjähriger Direktor des von ihm vorbildlich ausgebauten Märkischen Museums.

Tödliches Spiel. In Bielitz (Polen) erschoss der fünfjährige Sohn eines Polizeibeamten mit dem Dienstrevolver seines Vaters "im Spiel" seinen vierjährigen Spielgenossen.



Nachstossen!

### Reichspräsidentenwahl und Gewerkschaften.

SPD. Ohne die Gewerkschaften wäre der Erfolg der Hindenburgfront in der Reichspräsidentenwahl vom 13. März unmöglich gewesen. Alle Welt, Freund wie Gegner, ist sich darüber im Klaren. Die Geschlossenheit, mit der die Gewerkschaften in der Präsidentschaftswahl dem Ansturm der Faschisten gegenübertraten, wirkte weit über die Reihen der organisierten Arbeiter und Angestellten hinaus, ermutigend und anfeuernd auf das gesamte werktätige Volk. So mancher, der jahrelang abseits stand, wusste wieder, wo er hingehörte. Die Festigkeit, mit der die Gewerkschaften in den Kampf gingen, hat auch in den Reihen der Kommunisten aufrüttelnd gewirkt. Daher die Pleite der Thälmann-Parole. Noch ist aber die Entscheidung in dem grossen Ringen zwischen sozialreaktionärem Faschismus und sozialem Volksstaat nicht gefallen. Noch muss der zweite Waffengang der Reichspräsidentenwahl durchgefochten und dann - beginnt die grosse Wahlschlacht um Preussen, deren Bedeutung sicher nicht hinter der Reichspräsidentenwahl zurücksteht.

In dieser ernstesten Situation sind zwei Stimmen aus dem Lager der Gewerkschaften, aus dem der Christen und dem der freien Verbände, die beide die weitere Marschrichtung beleuchten, von besonderem Interesse. Die eine Stimme kommt aus dem "Deutschen", dem Tagesorgan der christlichen Gewerkschaften. Sie trägt die Ueberschrift: "Im Angriff bleiben!" Die andere kommt aus der "Gewerkschaftszeitung", dem Organ des ADGB. Beide Stimmen skizzieren scharf und klar die Bedeutung des ersten Erfolgs im Kampf der Reichspräsidentenwahl. Der Kampf gegen das verhasste "System" - so heisst es im "Deutschen" - ging gegen den sozialen Volksstaat, ging gegen die Arbeiterschaft. Sie musste daher - unbeeinflusst ihrer parteipolitischen Meinung - für den alten Reichspräsidenten eintreten; denn er war ihr Garant für die Wahrung der sozialen Volksrechte auch der schaffenden unteren Schichten, für die Erhaltung des sozialen Volksstaates überhaupt. Am 13. März - so sagt die Gewerkschaftszeitung - war dem deutschen Volk die Frage gestellt, wessen Wille in Deutschland herrschen soll: der Wille von Abenteurern, die sich auf Gewalthaufen stützen, oder der Wille verantwortlicher politischer Führung. Das deutsche Volk hat mit überzeugendem Nachdruck gegen die Gewaltherrschaft entschieden. Hindenburgs Wahl bedeutet den Beginn einer politischen Klärung und Beruhigung, ohne die keine Befreiung von den Reparationen und kein erfolgreicher Kampf um die Beschaffung von Arbeit möglich sind.

Der Grossangriff der Volksfeinde ist abgeschlagen - aber der Kampf ist noch nicht entschieden. "Die hinter uns liegende Auseinandersetzung" - so heisst es in dem Kampfruf der Christen - "ist lediglich eine erste Etappe in dem Kampf der deutschen Arbeiterschaft gegen die soziale Reaktion. Will sie nicht abwarten, bis ihr ein neuer Vorstoss erneut das verteidigte soziale Gut gefährdet, so muss sie jetzt aus ihrer Abwehrstellung heraus und zum positiven Angriff übergehen. Nur durch die Offensive kann sie die bedrohte Stellung sichern. Erst die Offensive, getragen von lebendigem Kampfgeist um die sozialen Belange, gibt ihr die Möglichkeit, die in der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft ruhenden starken positiven Aktivkräfte zu entfalten und sich damit den erreichten Erfolg dauernd zu sichern. Darum muss die gegenwärtige politische Bewegung sich auswirken in einer allgemeinen gewerkschaftlichen Bewegung. Das

sammeln aller Lauen, Verzagten, Absseitigen, die Stärkung des Willens zum Angriff gegen die soziale Reaktion und Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften ist die Aufgabe der Stunde".

"Seit Hitlers Niederlage" - so schliesst die "Gewerkschaftszeitung" ihren Rückblick auf die erste Etappe des Kampfes - "stehen wir am Beginn einer Strecke des Weges der Arbeiterbewegung, die hinführt zur Wiedereroberung aller Verluste. Denn seit dem 13. März dürfen wir die Gewissheit haben, dass es uns gelingt, die rechtlichen Sicherungen zu verteidigen, mit denen Verfassung und Gesetz in der Republik von Weimar den gewerkschaftlichen Kampf um Lohn und Brot ausstatten."

Der Siegesglaube der Faschisten ist erschüttert. Wer sie in der Wahl nach dem 13. März nach ihrer Niederlage in ihren Zirkeln die Köpfe hängen sah, der weiss, wie gross ihre Hoffnung und wie gross ihre Enttäuschung war. Umgekehrt konnten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach dem 13. März feststellen, dass sie in dem grossen Ringen den Erfolg auf ihrer Seite haben werden, wenn sie nur wollen. Dummheit ist gewiss eine grosse Macht, und Hitler hat diese Macht auf seiner Seite. Unsinn siegt aber nicht, wenn Vernunft und Mut zusammenstehen. Ein Mensch wie Hitler, der in dem Augenblick, wo er die Macht zu ergreifen glaubte, plötzlich feige alles verrät, was er jahrelang gepredigt hat, der plötzlich ängstlich erklärt, er werde keineswegs sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen und ebenso ängstlich verkündet, dass der Vertrag von Versailles nicht einfach zerrissen, sondern "in einer neuen Konferenz durch einen anderen Vertrag ersetzt" werde - ist das ein Gegner, mit dem die Gewerkschaften nicht fertig werden sollen? Es müsste mit dem Teufel zugehen, wenn so etwas nicht möglich wäre. Dass man sich mit diesem Scharlatan herumbalgen muss, ist ja nur die Folge unbegreiflicher Fehler der Republik und der Massennot, die durch die Weltkrise fast ausweglos geworden zu sein schien. Der Faschismus wird aber in Deutschland nicht siegen, wenn die Gewerkschaften jetzt nach Abwehr seines Angriffs selbst zum Angriff übergehen.

Greift an! Greift an!

-----

SPD. 27 409 Gulden Schadenersatz forderte der Danziger Hafenbetriebsverein vom freigewerkschaftlichen Gesamtverband und vom christlichen Zentralverband. Vier kommunistische Hafnarbeiter hatten sich nämlich erboten, zu bezeugen, dass der Gesamtverband einem von den Kommunisten mit Lüge, List und Gewalt eingerührten und gegen die Gewerkschaften "geführten" wilden Hafnarbeiterstreik durch Geldmittel unterstützt habe, obwohl den Organisationen durch Verbindlichkeitserklärung die Friedenspflicht auferlegt war. Das Arbeitsgericht Danzig hat die Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Im Termin hat der Kläger die Behauptung, dass die Gewerkschaften oder ihre Vertreter nach der Verbindlichkeitserklärung "weiter zum Streik aufgefordert haben und ihn organisiert hätten", zurückgezogen. Aber, so meint der Kläger, die Gewerkschaften hätten sich schuldig gemacht und müssten verurteilt werden, weil sie den Streik vorbereitet und durch Zahlung einer Unterstützung die Fortsetzung des Streiks gefördert hätten.

Das Gericht entschied, dass die Vorbereitung des Streiks kein Verstoß gegen die Friedenspflicht sei, denn diese entstehe erst durch die Verbindlichkeitserklärung. Bis dahin sei der Streik als "ordentliches Kampfmittel zulässig" gewesen. Zu der Erklärung, dass die einmalige Unterstützung, die im Durchschnitt 12 Gulden betrug, eine Vergütung für Fahrgelder gewesen sei und keine rechtswidrige Unterstützung, bemerkt das Gericht:

"Dieser Auffassung kann das Gericht nicht in vollem Masse folgen, es nimmt vielmehr an, dass die Beklagten ihren Mitgliedern, die sich natürlich in

grosser Not befanden, in gewisser Weise eine Unterstützung zuteil werden lassen wollten, wenigstens teilweise. An sich mag eine derartige Unterstützung nicht zulässig sein, es fragt sich aber, ob im vorliegenden Falle dadurch die Friedenspflicht tatsächlich verletzt ist. Die Gewerkschaften befanden sich in einer sehr unangenehmen Lage. Die radikalen Elemente terrorisierten ihre Mitglieder, die zum Teil arbeitswillig waren. Die Führer der Gewerkschaften wurden bedroht und konnten sich gegenüber dem Terror der radikalen Elemente keinerlei Geltung verschaffen. Unter diesen Umständen kann man es den Gewerkschaften nicht verübeln, dass sie den Mitgliedern eine Unterstützung zahlten, einmal, um ihnen das Fahrgeld zu ersetzen, andererseits, um ihnen eine gewisse Zuwendung zu machen. Das Gericht fasst das so auf, dass die Gewerkschaften das getan haben, um sich nicht durch die RGO. an die Wand drücken zu lassen und zu beweisen, dass auch sie in der Lage sind, etwas für ihre Mitglieder zu tun. Die Gewerkschaften haben auch wohl aus dem Grunde gehandelt, um die Mitglieder wieder in die Hand zu bekommen. Unter diesen Umständen mag das Gericht in der einmaligen Zahlung einer Unterstützung keine Verletzung der Friedenspflicht zu sehen. Aber selbst wenn man jegliche Zahlung von Unterstützung als Verletzung der Friedenspflicht auffassen wollte, vermag das Gericht dem Klageanspruch nicht stattzugeben, weil nicht erwiesen ist, dass diese einmalige Zahlung an die Gewerkschaftsmitglieder den in der Hauptsache von ausserhalb der Gewerkschaft stehenden radikalen Elementen aufgezogenen Streik hervorgerufen oder verlängert hat".

Zu dem vernünftigen Urteil ist nur zu bemerken, dass die Gewerkschaft zwei Wochen lang "Stehkonvente" veranstaltete, um die Mitglieder in der Hand zu behalten. Die 12 Gulden waren eine Entschädigung für Auslagen, - keiner Unterstützung.

Im übrigen dürfte der Hafen Danzig aus der Einheitsfront zwischen den radikalen Elementen von links und rechts kaum Gewinn ziehen.

-----

SPD. Der polnische Bergarbeiterstreik in den Revieren von Dombrowa und Krakau ist nach einer Dauer von 4 Wochen abgebrochen worden. Die Arbeiterschaft konnte ihre Lohnforderungen nicht durchsetzen. In den meisten Gruben wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

-----

SPD. Die Arbeitgeber des Rauch- und Schupftabakgewerbes haben den Reichstarifvertrag und die Lohnfestsetzung "höchst vorsorglich" - wie sie selber sagen - nochmals ausdrücklich zum 30. April gekündigt. Sie wollen also - einen anderen Sinn kann diese Kündigung nicht haben - die Löhne wieder senken und den Rahmentarif verschlechtern. =

+ + +

Der Mitgliederverlust des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, der im vorigen Jahr insgesamt 11 822 betrug, ist nicht so gross ausgefallen, also nach dem Rückgang der Vollarbeiter und der Beschäftigtenzahl der Tabakindustrie überhaupt erwartet werden musste. Dennoch müssen die Tabakarbeiter um jeden Preis die Mitgliederzahl des Deutschen Tabakarbeiterverbandes steigern; denn sie sind, wie die neue Kündigung der Arbeitgeber zeigt, verraten und verkauft, wenn sie sich nicht auf starke Gewerkschaften stützen können.

-----

# Wirtschaft Technik Handel

## Kohlendebatten.

Der Kapitalismus kann die Dinge nicht mehr meistern. - Der Staat muss Ordnung schaffen.

SPD. Einige hundert Meter unter der Erde, fern von Sonne und Licht, Kohle zu hacken, ist kein angenehmer Beruf. Bergleute sind, wie alte Volksweisheit in Schlesien sagt, arme Burschen. Und Hunderttausende von diesen armen Burschen liegen auf der Strasse, möchten arbeiten und können nicht arbeiten. Es ist Kohlenkrise. Während des Krieges und in der schlimmen Zeit der Inflation und der Ruhrbesetzung, wo alles zu wanken drohte in unsrer Wirtschaft, hat man an das nationale Gefühl des Bergarbeiters appelliert. Er hat sich diesem Appell seines Landes nicht entzogen. Er hat gearbeitet, die Produktion gesteigert. Jetzt stellen sich aber die nationalsozialistischen Führer der Grubenbarone hin und behaupten, der Marxismus dieser Bergknappen habe den Ruhrbergbau zerstört, habe die Krise in die Kohlenreviere getragen. Wie sieht nun der Marxismus dieser Bergleute aus? Sie haben, als sich die Erträge der Wirtschaft steigerten, darum gekämpft, dass sie einigermaßen menschenwürdig bezahlt und menschewürdig behandelt werden. Nichts mehr und nichts weniger. Das ist der Marxismus der Bergarbeiter! Wenn man diesen Leuten den Vorwurf macht, sie hätten die Grundlagen unserer Kohlenwirtschaft erschüttert, hat man das Gefühl, dass Menschen, die solche verlogenen Behauptungen aufstellen, irgend einem Idiotenhaus entsprungen sind. Es ist schon angebracht, dass die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften einmal eindeutig erklärten, wer eigentlich die Krise im Kohlenbergbau verschuldet hat, der Bergmann, dessen Lohn man halbiert hat, oder jene Generaldirektoren, die man immer noch nach Hunderttausenden bezahlt und die in den letzten Jahren eine Misswirtschaft betrieben haben, die automatisch zur Krise führen musste?

+ + +

Gelegenheit zu dieser Auseinandersetzung gab die Jahresversammlung des Kohlenrates, die am Freitag in Berlin stattfand. Den Jahresbericht gab Berghauptmann Bennhold. "Der Kohlenverbrauch hat", wie Bennhold ausführte, "im Jahre 1931 einen Tiefstand erreicht, wie er, abgesehen von dem Jahr des Ruhr= einbruchs 1922, seit etwa 30 Jahren in Deutschland nicht mehr beobachtet wurde. Mit einem monatlichen Durchschnitt von rund 10,1 Millionen Tonnen, alle Brennstoffe auf Steinkohle umgerechnet, bleibt er um rund 10,2 Prozent unter dem Monatsdurchschnitt des Vorjahrs und gar um 23 Prozent unter dem des Jahres 1928, das man als Normaljahr ansprechen kann. Die Gesamtkohlenförderung Deutschlands, ohne Saargebiet, musste im Berichtjahr 1931 auf knapp 148,5 Millionen Tonnen gegenüber reichlich 175 Millionen Tonnen im Vorjahr gedrosselt werden. Die Gesamtproduktion des Berichtsjahres ist damit ungefähr auf den Stand im Jahre 1906 gesunken. Dabei lagerten Ende 1931 rund 5 Millionen Tonnen Steinkohle und annähernd 6,3 Millionen Tonnen Koks, in Steinkohlenwerten zusammengefasst, nahezu 13,5 Millionen Tonnen, ferner 1,5 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts unverkauft auf den Halden und in Stapeln. Das hat zu einem starken Abbau der Arbeiterschaft geführt. In der deutschen Steinkohle, ohne Saar, waren Ende Dezember 1931 nur noch 332 000 Arbeiter gegenüber 550 000 Ende 1928 beschäftigt. (Rückgang gegen 1930 rund 19,5 Prozent), im deutschen Braunkohlenbergbau hat sich die Belegschaft von reichlich 91 000 Ende 1928 auf

etwa 69 000 Ende 1931 vermindert (Rückgang rund 7 Prozent). In stärkstem Masse mussten Feierschichten eingelegt werden. Im Ruhrbergbau allein gingen der Arbeiterschaft durch Feierschichten 9,3 Millionen Schichten verloren. Die Bergarbeiterschaft hat sich mit anerkennenswertem Verständnis in die Unvermeidlichkeiten des wirtschaftlichen Ergehens hineingefunden. Wenn aus solcher Stimmung heraus gegenwärtig wieder einmal der Ruf nach Verstaatlichung des gesamten deutschen Kohlenbergbaus laut wird, ist das eine Bewegung, die sich aus den obwaltenden Umständen erklärt".

+ + +  
Im Anschluss an den Bericht Bennholds kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter bestritten, dass die schlechte Beschäftigungslage im Steinkohlenbergbau nur auf Unvermeidlichkeiten beruhe. Sie wiesen darauf hin, dass die kapitalistische Ueberschneuerung nicht nur die Rationalisierungserfolge in Frage stelle, sondern auch die künftige Wiederanlegung der arbeitslosen Bergarbeiter schwer gefährdet habe. Ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit gebe es keine Hoffnung für die Bergarbeiter, auf denen die ganze Last der Kohlenkrise liegt. Wenn die gegenwärtigen Besitzverhältnisse im Bergbau der Durchführung dieser volkswirtschaftlich begründeten Forderung entgegen stehen - so betonte der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Husemann -, dann müssten sie eben geändert werden. Mit den freien Gewerkschaften traten auch die christlichen Bergarbeitervertreter für die Verstaatlichung des Bergbaus ein. Die Sprecher der Unternehmer, darunter auch Dr. Silverberg, versuchten, die Kohlenkrise der staatlichen Beeinflussung des Bergbaus zuzuschreiben. Die Unternehmer müssten jedenfalls Vorwürfe unsachgemäßer Wirtschaftsführung zurückweisen. Sie hätten bei ihrer Anlagepolitik an eine fortlaufende Aufwärtsentwicklung gedacht. Demgegenüber verwies Dr. Berger vom Bergarbeiterverband-Bochum auf die Strukturwandlungen in der Weltenergieversorgung, die seit langem erkennbar gewesen seien, auf die aber der Bergbau bei Entwicklung seiner Kapazität und seiner Anlagen keine Rücksicht genommen habe. Vielmehr habe man unter Druck der kostspieligen Produktionserweiterungen zum Nachteil des Inlandes eine Exportpolitik betrieben, die jährlich Hunderte von Millionen Mark verschlang. Die internationalen Verständigungsbemühungen müssten mit Energie fortgesetzt werden. Dazu gehöre auch, dass das Genfer Arbeitszeitabkommen für den Bergbau in Kraft gesetzt wird. Marthmüller von den freien Gewerkschaften ging näher auf die betriebswirtschaftliche Lage der Zechen ein. Die Arbeitskosten hätten sich um 37 Prozent innerhalb der letzten beiden Jahre verringert. Damit sei eine fühlbare Erleichterung für die Unternehmer eingetreten. Man könne nur mit Schärfe den Einwand zurückweisen, dass die sozialpolitischen Verpflichtungen des Bergbaus die Krise mit verursacht haben. Die kapitalistische Bewirtschaftung des Bergbaus könne die Probleme der Gegenwart nicht mehr meistern. Darum müsse der Staat Ordnung schaffen und den Bergbau verstaatlichen.

Die Vollversammlung genehmigte darauf den gekürzten Etat des Kohlenrates und erklärte sich mit der Verabschiedung des mitteldeutschen und des Aachener Syndikatsvertrages durch den Grossen Ausschuss einverstanden. Als Vorsitzender des Kohlenrates wurde für die kommenden drei Jahre der jetzige Vorsitzende, Generaldirektor von Velsen, gegen die Arbeitnehmer, die Imbusch von den Christlichen Gewerkschaften vorschlugen, wiedergewählt.



SPD. Die dem Reich gehörenden Elektrowerke A.G. in Berlin setzen ihre Dividende für das verflossene Jahr von 7 auf 5 Prozent runter. Der Reingewinn wird mit 4,735 Millionen Mark angegeben gegenüber 6,766 Millionen Mark im Jahre 1930.

Für den verringerten Gewinn bei den Reichselektrowerken sind besondere Gründe massgebend. Das Unternehmen, das in der Grosselektrizitätsversorgung Ost- und Mittelddeutschlands massgebend ist, versorgt ein Gebiet mit rund 20 Millionen Einwohnern, in das Städte wie Berlin, Magdeburg, Brandenburg, Dessau, Leipzig, Dresden, Liegnitz, Breslau usw. einbezogen sind. Die Stromproduktion geht in drei Grosskraftwerken, Golpa-Zschornowitz im Eitterfelder Braunkohlenrevier, Trattendorf und Lauta vor sich. Eigene Gruben stehen in der Nähe der Kraftwerke zur Verfügung. Hauptabnehmerin von Strom ist u.a. die mitteldeutsche Grosschemie.

Aus dieser Struktur erklären sich die Rückwirkungen der Krise auf die Reichselektrowerke. Die Stromproduktion ist von 2 234 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1930 auf 1 766 Millionen Kilowattstunden 1931 gesunken. Die Kohlenförderung ging von 4,5 Millionen Tonnen auf 3,8 Millionen Tonnen zurück. Während sich der Kleinverbrauch, wie der Abschluss der westdeutschen Elektrizitätsgesellschaften zeigt, in der Krise widerstandsfähiger erwiesen hat, sind die Lieferungen an die Grossindustrie stark zurückgegangen. Der Anteil der Grosschemie am Stromabsatz der Elektrowerke verringerte sich von 57 Prozent im Jahre 1930 auf 44 Prozent. Insgesamt dürften die Lieferungen an die Grossindustrie im Jahre 1931 die Hälfte des Höchststandes ausmachen. Dazu kam, dass auch die belieferten Verteilungsunternehmungen ihre Bezüge bei den Reichselektrowerken auf das vertraglich vereinbarte Mass beschränkten, während sie früher wesentliche Mengen darüber hinaus abgenommen hatten. Widerstandsfähiger war der Absatz an die Landesversorgung und an den Bahnbetrieb. Das Unternehmen weist darauf hin, dass es sich stärker mit den Aufgaben der Stromverteilung beschäftigt. Dahin gehören neu erworbene Beteiligungen an Verteilungsgesellschaften, z.B. am Elektrizitätswerk der Stadt Glogau, an der Berliner Kraft- und Licht A.G. usw. Durch die maschinelle Umstellung der letzten Jahre ist es den Elektrowerken geglückt, die Verteuerungen, die infolge der verminderten Produktion einzutreten drohten, auszuschalten.

Die Anlagewerte haben sich nur geringfügig um etwa 2,26 Millionen Mark erhöht. Unter den Passiven erscheint die Inlandsanleihe in Höhe von 12 Millionen Mark, die aufgenommen wurde, um die verschiedenen Beteiligungen durchzuführen. In der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich die Zinsleistungen infolge vermehrter Verpflichtungen gesteigert. Der Betriebsüberschuss wird mit 20,88 Millionen Mark angegeben gegenüber 19,66 Millionen Mark.

-----

SPD. Nach der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamts vom 29. Februar 1932 sind in Preussen 1 329 384 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschliesslich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 240 305 Ende Januar. Somit ergibt sich auch im Februar wieder eine Zunahme um 89 079 Wohlfahrtserwerbslose oder 7,2 v.H., doch hat die Steigerung im Vergleich zum Januar (105 110) und Dezember (115 752) bereits nachgelassen; immerhin beläuft sie sich auf das 2½fache des Zuwachses im Vergleichsmonat des Vorjahres (34 857). Gegen den 28. Februar 1931 ist die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 648 182 oder 95,2 v.H. gestiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 34,8 Wohlfahrtserwerbslose. 47 161 Wohlfahrtserwerbslose haben in Fürsorge- oder Notstandsarbeit gestanden. Wie in den vorhergehenden Monaten ist auch im Februar der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen in den Landgemeinden (+10,0 v.H.) und kreisangehörigen Städten (+ 8,2 v.H.) wieder verhältnismässig stärker gewesen als in den Stadtkreisen (+ 6,4 v.H.).

Schleppender Mehlabatz.

(Berliner Getreidebörse vom 18. März.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse wies am Freitag wieder mattere Stimmung auf. Am Markte der Zeitgeschäfte hielt sich die Umsatztätigkeit in engen Grenzen, wobei die letzten Preise nicht erzielt werden konnten. Weizen verlor  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Mark, Roggen  $\frac{1}{2}$  bis 1 Mark. Am Promptmarkt war das Angebot in Weizen wieder etwas grösser geworden, was jedoch in der Hauptsache nur auf die Wiederaufnahme der Schifffahrt zurückzuführen sein dürfte. Es kam etwas mehr Kahnware heraus, die jedoch nur schwer untergebracht werden konnte, da die Mühlen sich beim Einkauf sehr zurückhielten. Infolgedessen gingen die Notierungen für prompten Weizen um etwa 2 Mark zurück. Auch prompter Roggen verlor 2 Mark. Das Angebot blieb zwar klein; jedoch hielten sich auch die Mühlen in diesem Artikel bei dem schleppenden Mehlabatz sehr zurück. Mehl hatte fast keinerlei Geschäft. Namentlich machte sich kein Bedarf in Auszugsmehlen aus Anlass des bevorstehenden Osterfestes bemerkbar. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte schwächere Tendenz. Gerste blieb nahezu geschäftslos.

|                               | <u>17. März</u>                 | <u>18. März</u> |
|-------------------------------|---------------------------------|-----------------|
|                               | (ab märkische Station in Mark.) |                 |
| Weizen                        | 247 - 249                       | 245 - 247       |
| Roggen                        | 196 - 198                       | 194 - 196       |
| Braugerste                    | 182 - 189                       | 182 - 189       |
| Futter- und Industrierogerste | 169 - 177                       | 169 - 177       |
| Hafer                         | 155 - 162                       | 154 - 161       |
| Weizenmehl                    | 31,00 - 34,50                   | 30,75 - 34,50   |
| Roggenmehl                    | 26,90 - 27,90                   | 26,75 - 27,90   |
| Weizenkleie                   | 10,80 - 11,10                   | 10,80 - 11,10   |
| Roggenkleie                   | 10,40 - 10,70                   | 10,40 - 10,70   |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 258, Mai 262 Brief, Juli -, September 231. Roggen März -, Mai 200, Juli 202, September 187 $\frac{1}{2}$ , Hafer März 169 $\frac{1}{2}$ -168 $\frac{1}{2}$ , Mai 173 $\frac{1}{2}$ , Juli bis 177, September -.

-----  
Berliner Viehmarkt.

(18. März.)

SPD. Auf dem Schweinemarkt konnten die sogenannten Feiertagsschweine bessere Preise erzielen. Im grossen und ganzen war der Markt gut beliefert. Auf dem Hammelmarkt gaben die Preise bei reichlichem Angebot nach; auch auf dem Kälbermarkt gab es Preisabschläge. Der Rindermarkt war genügend beschickt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) = (-), b) (240-300 Pfd.) 41 (40-41), c) (200-240 Pfd.) 39 - 41 (38-40), d) (160 - 200 Pfd.) 37 - 39 (36-38), e) (120-160 Pfd.) 34-36 (33-35). Schafe: b) 35-37 (36-38), c) 30-34 (32-35), d) 20 - 28 (22-30). Kälber: b) 42 - 50 (43-51), c) 32-45 (32-45), d) 20-30 (20-30). Kühe: a) 24-27 (24-26), b) 20-23 (20-23), c) 16-18 (16-18) d) 12-15 (12-15).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 18. März 1932.

## Der letzte Sohn.<sup>x</sup>

SPD. Trenkler wohnte mit seiner Familie schon an die 25 Jahre in der grossen Mietkaserne. Als er mit seiner jungen Frau eingezogen war, hatte das Haus noch nach Tünche und frischer Oelfarbe gerochen, war alles noch sauber und neu gewesen. Dann aber waren die Jahre gekommen und hatten das Haus und seine Bewohner müde und alt gemacht. Vier Kinder wuchsen in diesen langen Jahren bei Trenklers heran. Von den zwei Söhnen fiel der älteste 1916 an der Somme. Den jüngeren hatte der alte Trenkler von allen seinen Kindern am liebsten, weil er ihm in allen Stücken glich. Er hiess auch wie der Vater Paul. Lange nach dem Kriege ging er nach Westfalen und arbeitete in einem Bergwerk. Regelmässig kamen Briefe von ihm. Die beiden Schwestern, die noch bei den Eltern lebten, nahmen diesen oft das Schreiben ab und antworteten dem Bruder. In der ersten Zeit kam er auch zweimal nach Hause auf Besuch. Dann teilte er eines Tages den Eltern seine Hochzeit mit, und ein Jahr darauf waren die Trenklers Grosseltern. Inzwischen heirateten auch kurz hintereinander die beiden Schwestern, und die Kammer, in der sie geschlafen hatten, wurde leer. Und an eines Abends die alten Trenklers wie immer beisammen sassen, sagte die Frau: "Still ist es bei uns geworden. Früher, als die Kinder noch da waren, gab es immer Lärm, und man kam nicht zur Ruhe. Jetzt fehlt einem etwas." "Wir werden uns daran gewöhnen müssen", brummte der alte Trenkler und legte die Zeitung aus der Hand. Dann steckte er die Brille ins Futteral und machte sich zum Schlafengehen zurecht. Die Frau blieb noch eine Weile am Tische sitzen. Sie stützte den Kopf in die Hände und dachte: "Neugierig bin ich nur, ob wir einmal nach Westfalen kommen werden. Ich möchte doch gern einmal sehen, was aus dem Paul geworden ist." Dann holte sie den Brief noch einmal hervor, den der Sohn vor einigen Tagen geschrieben hatte.

Wenige Tage darauf fand Trenkler frühmorgens nicht wie sonst die Zeitung vor der Tür. Er war ärgerlich, weil er zum erstenmale seit Jahren ohne Zeitung in den Dienst gehen musste. Die Frau dachte dann nicht mehr daran, und erst, als sie die Schlafstube aufgeräumt hatte, kam sie in den Flur und sah, dass die Zeitung im Briefkasten steckte. Beim Herausnehmen leuchtete ihr auf der ersten Seite gross die Schlagzeile entgegen: "Schweres Grubenunglück". Sie hatte aber wenig Zeit und kam erst gegen Mittag zum Lesen. Da sah sie unter der fetten noch eine zweite Zeile "Schlagwetterkatastrophe auf der Grube Friedrich VII". Sie erschrak und stand auf, um in der Kommode nach dem letzten Briefe des Sohnes zu suchen. Sie fand ihn nicht gleich, und das machte sie noch unruhiger. Der Name kam ihr so bekannt vor, bis ihr einfiel, dass der Sohn ihnen von einer neuen Arbeitsstätte geschrieben hatte. Als sie den Namen im Briefe mit dem in der Zeitung verglich, stimmten beide überein. Sie las noch einmal den Bericht. Ihre Hände umklammerten das Zeitungsblatt. Die Buchstaben begannen ihr vor den Augen zu tanzen, denn als sie genauer hinsah, entdeckte sie die Totenliste. Es waren 12 Namen, und als vorletzter stand da "Paul Trenkler". Schwarz auf Weiss stand es da. Es gab keinen Zweifel: Paul war tot. Sie blieb lange sitzen. Bis in den Nachmittag hinein. Und ohne dass sie es merkte, liefen ihr die Tränen über das Gesicht.

Am Abend sassen die Alten sich am Tische gegenüber. Der Mund war ihnen wie zugefroren. Sie redeten nicht und sahen stumm aneinander vorbei. Die Zeitung lag noch vor ihnen. Die Schlagzeile wuchs auf und warf über das gan-

ze Zimmer einen schwarzen Schatten. Wie graue Streifen lag der Kummer auf den Gesichtern der beiden Alten, und sie merkten nicht, dass die Zeiger der Uhr schon längst auf die zwölfte Stunde vorgerückt waren. "Nun ist auch der zweite fort", sagte der alte Trenkler bitter, und die Frau musste an jenen Tag denken, da der Briefträger ihr das Päckchen mit der Uhr und der Geldbörse ihres Ältesten in die Hand gedrückt hatte. "Gefallen fürs Vaterland". Den zweiten hatte nun die Grube geschluckt. So starben die Kinder der Arbeiter eher als ihre Eltern.

Das war am Sonnabend. Den ganzen Sonntag über warteten sie auf eine Nachricht. Als keine kam, ging der alte Trenkler am Montag nicht zum Dienst und gab gleich am Morgen ein Telegramm auf. Sie wollten am Abend fahren. Bei seinen Lebzeiten ist es immer verschoben worden, dachten sie, und nun wird es gleich. Als Trenkler von der Post zurückkam, fand er seine Frau auf dem Stuhle sitzen. Der Atem ging noch, aber sie war ohne Bewusstsein. Er bekam einen Schreck und ging schnell nach Wasser. Als sie wieder zu sich kam, zeigte sie auf den Brief, der eben gekommen war. Sie sagte: "Einen Stich hat es mir gegeben. Ich hab' ihn garnicht aufmachen können. Wozu auch? Ich weiss ja doch, was drin steht." Der Mann riss den Brief auf und las. Plötzlich huschte etwas Helles über seine Züge. Der Brief war von der Schwiegertochter. "Ein Wunder ist geschehen. Hör' nur, Mutter!" sagte er und las laut vor: "Paul ist vorgestern Abend mit dem Rade gestürzt und hat sich den Arm gebrochen. Er konnte nicht einfahren, und wir dachten: Da geht wieder ein Schichtlohn drauf. Eine Stunde später war das grosse Unglück, von dem ihr vielleicht in der Zeitung gelesen habt. Aus Versehen haben sie Paul mit auf die Totenliste gesetzt. Hätte er sich nicht den Arm gebrochen, so wäre er umgekommen. So merkwürdig ist es manchmal im Leben."

Die Alten sahen sich an. Der Kummer fiel langsam von ihren Gesichtern. Sie beugten sich beide über den Brief, als könnten sie aus dem viereckigen Stück Papier ein grosses, leuchtendes Glück herauslesen.

Alfred Prugel.

-----  
Der Spitzel Asew.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Die Geschichte des klassischen Lockspitzels Asew, der es verstanden hat, gleichzeitig die Rolle eines Leiters der Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei und eines Agenten der Geheimpolizei der Zarenregierung zu spielen, hat in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit des deutschen Lesers auf sich gelenkt. Die literarischen Arbeiten, die diesem Thema gewidmet sind, haben, da ihnen nur alte Quellen zur Verfügung standen, - nichts Neues - wie Oda Olberg mit Recht bemerkt - oder einigermaßen Wertvolles zur Aufklärung weder der Motive, von denen Asew sich bei seinem Doppelspiele leiten liess, noch der Situation, in der sich die Tätigkeit dieses wahrhaft klassischen Verräters abspielte, beigetragen.

Das kürzlich in deutscher und russischer Sprache erschienene Buch eines der besten Kenner der russischen revolutionären Bewegung, B. Nikolajewsky, ("Asew. Geschichte eines Verrats". - Bücherkreis-Verlag, Berlin) bildet einen wertvollen Beitrag zur Klärung dieses Problems. Ein interessantes, spannendes Bild entrollt sich vor den Augen des Lesers. Dem Verfasser stand Aktenmaterial zur Verfügung, das bis jetzt überhaupt nicht odernur zu einem geringen Teil bekannt war, ferner eine Reihe noch nicht veröffentlichter Memoiren und mündlicher Berichte von zahlreichen Personen, die Asew seinerzeit - als Revolutionär oder Polizeispitzel - gekannt und in engen Beziehungen zu ihm gestanden haben. Unter diesem Material sind die noch nicht veröffentlichten Aufzeichnungen des General Gerassimoff, des ehemaligen Chefs der Petersburger Geheimabteilung, der in Wirklichkeit alle Fäden der gesamten russischen Geheimpoli-

zeit in Händen hielt, von ganz besonderer Bedeutung. Gerassimoff leitete auch die Spitzeltätigkeit Asews in den Jahren 1905 bis 1909. Der Spitzeldienst war sein besonderes Steckenpferd, und sein Ehrgeiz ging dahin, zuverlässige Polizeiagenten in die leitenden Körperschaften der revolutionären Parteien einzuschmuggeln, die ihn über alles, was im Herzen dieser Parteien vorging, informieren sollten. Er strebte mit allen Mitteln danach, die revolutionären Parteien unter eine Glashaube zu setzen. Gleichzeitig war er bemüht, seine Agenten nach Möglichkeit zu schonen und ihre Entlarvung durch die Revolutionäre zu verhindern. Obwohl er oft die Möglichkeit dazu hatte, zerstörte er nie eine zentrale Organisation im ganzen und verhaftete nie ihre gesamte Leitung, von der Voraussetzung ausgehend, dass anstelle der zerstörten sicherlich eine neue Organisation aufgebaut werden würde, deren Ueberwachung durch eine innere Agentur nicht immer möglich war, während ihm über das Leben und Treiben der alten Organisation die genauesten Informationen von seinem "Gewährsmann" zugingen. Im Zentralkomitee der sozialrevolutionären Partei spielte Asew die Rolle dieses Agenten. Asew gewann sehr bald das grenzenlose Vertrauen Gerassimoffs. Nach seinen Aussagen war man in den Regierungskreisen mit dieser Errichtung von "inneren Agenturen" im Herzen der revolutionären Parteien durchaus einverstanden, und der Ministerpräsident Stolypin brachte ihnen sogar lebhaftes Interesse entgegen. Durch Gerassimoff erteilte er ihnen mitunter auch besondere Aufträge. Er war u.a. auch auf das genaueste über das auf ihn selbst von der Kampfgruppe geplante Attentat informiert: Die Vorbereitungen für das Attentat leitete selbstverständlich Asew, der Gerassimoff, und durch ihn auch Stolypin, über die Einzelheiten des Anschlages auf dem Laufenden hielt.

Asew war ein ausgezeichneter Menschenkenner und beherrschte die Verstellungskunst auf das vollkommenste. Seine Hauptwerkzeuge waren Lug und Betrug. Ideelle Beweggründe lagen ihm sowohl als "Revolutionären" als auch als Polizeiagenten gänzlich fern. Er betrog sowohl die einen als die anderen, und sein einziger Beweggrund zu seinem Doppelspiel war eine unersättliche Habgier. Ihr zuliebe trat er in den neunziger Jahren in den Polizeidienst ein, und ihr zuliebe beschloss er, die höchsten Gipfel der "Parteikarriere" zu erklimmen, die ihm die uneingeschränkte Verfügung über die Parteikasse gestatteten, denn als Leiter der Kampfgruppe genoss er grenzenloses Vertrauen. Je angesehener die Stellung war, die er in der Partei einnahm, umso höher war auch seine Entlohnung durch die Polizei. - Als Leiter der Kampfgruppe organisierte er - und führte zum Teil durch - Attentate auf Minister, Generalgouverneure, gegen den Onkel des Zaren usw. und befestigte auf diese Weise seine Position in der revolutionären Partei. Aber er vernachlässigte dabei auch nicht seine Pflichten als Polizeiagent. Er führte sein Doppelspiel so meisterhaft, dass das Vertrauen zu ihm auf beiden Seiten von Tag zu Tag wuchs - und je grösser das Vertrauen, desto höher waren die Geldsummen, die in seine Tasche flossen. Durch einen solchen Menschen hoffte Gerassimoff die sozialrevolutionäre Partei in der Hand zu behalten. Asew betrog ihn aber genau so wie die Revolutionäre, doch tat er es sogleich, dass Gerassimoff noch heute fest an Asews Aufrichtigkeit ihm gegenüber glaubt. Als Polizeiagent setzte Asew ihn in Kenntnis von einem geplanten Attentat auf den Zaren und verriet zahlreiche Teilnehmer des Planes - aber gleichzeitig bereitete er ein anderes Attentat auf den Zaren vor, das er vor Gerassimoff streng geheim hielt, denn es lag ihm sehr viel am Gelingen dieses Attentats: die Gefahr der Entlarvung stand vor ihm als ständige Drohung, und er hoffte, dass das Gelingen dieses Attentats ihn für alle Zukunft vor jedem Verdachte der Revolutionäre schützen würde. Wenn dieses Attentat trotzdem misslungen ist, so lag es keineswegs an Asews "bösem Willen", - denn gerade er, der Agent der Polizei, war es, der dem Matrosen, der während der Besichtigung des neuerbauten Kreuzers das Attentat auf den Zaren ausführen sollte, den Revolver in die Hand gedrückt hatte. In diesem Fall erreichte Asews Doppelspiel seinen Höhepunkt: Um sein

Ansehen bei der Polizei zu steigern, verriet er Gerassimoff das auf den Zaren geplante Attentat - und organisierte gleichzeitig ein anderes Attentat auf den Zaren, um auf diese Weise seine Position in der sozialrevolutionären Partei zu stärken.

Man kann mit Recht sagen, dass der Verfasser die Geschichte des Verrats Asews, die bis jetzt noch zum grossen Teil in Dunkel gehüllt war, aufgeklärt und in das rechte Licht gerückt hat. M. Samojloff.

-----  
Der "Opiumkrieg".X  
-----

SPD. Im März 1842 war Shanghai schon einmal Kriegsschauplatz. Der Kampf, der noch immer vor den Toren Shanghais zwischen den Landungstruppen Japans und den jeden Schrittbreit Boden zäh verteidigenden Chinesen tobt, weckt die Erinnerung an den ersten kriegerischen Konflikt Chinas mit einer europäischen Grossmacht, mit England (1839-1844). Gegenwärtig sind genau neunzig Jahre verflossen, seitdem der englischen Generalleutnant Lord Gough der kaiserlich chinesischen Armee auf dem gleichen Boden, der jetzt wieder von Granaten durc

pflügt wird, eine grosse Schlacht lieferte und das Jangtsebecken in Besitz nahm. Allerdings vergingen noch drei Monate, bis die Engländer die Hafenstadt Shanghai im Sturm nahmen und mit dieser Schlüsselstellung die chinesischen Behörden zu den ersten Unterhandlungen zwangen.

Es ist ein trauriges Kapitel europäischer Machtpolitik, das durch diesen Krieg vor den Augen des Geschichtsschreibers entrollt wird. Denn so sehr auch der Konflikt durch andre wirtschaftliche Ursachen mit ausgelöst wurde, so ging er dennoch im wesentlichen um eine Streitfrage, in der die chinesische Regierung das moralische Recht vollkommen auf ihrer Seite hatte: um die Opiumeinfuhr, die die Peking Behörden schon 1816 verboten hatten, um sie 1839 gar unter Todesstrafe zu stellen. Chinesische Rauschgiftschmuggler hatten keine Gnade zu erwarten, falls sie bei der Ausübung ihres dunklen Gewerbes ertappt wurden. Aber in die chinesische Gesetzgebung und Polizeiaufsicht wurde eine empfindliche Bresche gelegt durch die in Kanton ansässigen, vornehmlich englischen Kaufleute, die grosse Mengen des Giftes an den Mann brachten. Der Krieg von 1839 bis 1844 war ein Krieg Englands um das ungerechte und unmoralische Vorrecht, entgegen dem Willen der chinesischen Regierung Opium in das Reich der Mitte einführen zu können. Er war ein Opiumkrieg!

Die Engländer standen um 1840 nicht gerade von gestern in Handelsbeziehungen zum Kaiserreich China; vielmehr unterhielt die englische Ostindische Kompanie von ihren indischen Besitzungen aus schon seit 1720 einen regen Warenverkehr mit den chinesischen Häfen. Hauptexportartikel war vor allem das von den Indern erzeugte Opium, gegen dessen Einfuhr und Verbrauch sich die Chinesen bereits im 18. Jahrhundert zur Wehr setzten, allerdings, trotz immer mehr verschärfter Strafbestimmungen, nicht gerade mit überzeugendem Erfolg. 1816 belief sich das Schmuggelopium immerhin auf 3211 Kisten, 1827/28 auf 9535 Kisten, 1838 auf über 27 000 Kisten. Dies Anschwellen des "opium-running" gab der Regierung des Kaisers Tap-kouang Veranlassung, den Sonderkommissar Liu-Tse-Chü mit Vollmachten zu versehen, den in Kanton von den Ausländern betriebenen Schmuggel ein für allemal auszurotten. Der dortige englische Bevollmächtigte, Captain Elliot, entsprach zwar den Befehlen Pekings, indem er den englischen Kaufleuten, die ihre Vorräte zur Vernichtung an die Behörden auslieferten, sogar eine Entschädigung durch die englische Regierung versprach. Aber das englische Parlament, das schon mehrfach in dieser Frage chinafeindliche Beschlüsse gefasst hatte, schritt unmittelbar darauf zum Kriege. Ueber 20 000 Kisten des verführerischen Rauschgiftes im Werte von mehr als 80 Millionen Reichsmark gingen in Kanton in Flammen auf; es waren die Flammen

eines fünfjährigen Kriegsbrandes, der im November 1839 aufloderte.

Der Krieg bot den Engländern Gelegenheit, zugleich alle die wirtschaftlichen Fragen aufzurollen, die ihrer fernöstlichen Politik besonders am Herzen lagen. Aus dem Opiumkriege wurde ein Machtkampf nicht nur mit militärischen, sondern auch mit diplomatischen Mitteln um die Erschliessung des gesamten chinesischen Marktes, der sich den Fremden bis dahin erfolgreich verschlossen hatte. Englische Geschäftsleute in China hatten immer wieder in London Klage darüber geführt, dass sie in China als zweitklassige Menschen behandelt wurden und keine Handlungsfreiheit hätten. Es war ihnen beispielsweise nicht einmal erlaubt, Sänften zu benutzen; sie mussten zu Fuss einhertraben. Sie unterlagen strengsten Wohnortbestimmungen, die eine Niederlassungserlaubnis nur für Macao und einen Teil Kantons vorsahen. Die britischen Handelsbevollmächtigten galten, sehr zum Verdruss solcher hochmögenden Leute wie Lord Napier, den chinesischen Behördenvertretern gegenüber nicht als gleichberechtigt. Noch 1828 waren sämtliche in Peking angestellten Missionare, die dort als "Hofastronomen" gegolten hatten, aus der Hauptstadt verbannt worden. Es ergaben sich plötzlich eine Unmenge kleinerer Beschwerden, die sämtlich die eine grosse Forderung unterstrichen: das chinesische Reich muss Absatzmarkt für die grossbritannienische Industrie werden.

Der für China unglückliche Ausgang des Opiumkrieges leitete eine Epoche ein, die für das Reich der Mitte durch abgezwungene Verträge und Konzessionen, durch Oeffnung der Hafenplätze, Gewährung der Konsulargerichtsbarkeit (d.h. Durchbrechung der chinesischen Eigenstaatlichkeit) und Handelsabkommen gekennzeichnet ist. Es ist die Epoche der "ungleichen Verträge" und "Einfluss-sphären", die zwar den ausländischen Industrien einen der grössten Absatzmärkte freilegte, zugleich aber auch einen politisch-wirtschaftlichen Zündstoff aufhäufte, an dessen Entflammung die rivalisierenden kapitalistischen Mächte oft fast selbstmörderischen Anteil hatten.

1842 und 1932 - zweimal Kampf um Shanghai! Damals ging er um das Opium, das England verkaufen wollte; heute geht er um die Erweiterung der japanischen Macht- und Einflussphäre. Das Opium ist im modernen China genau so verboten, wie es im Kaiserreich verboten war. Die europäischen Staaten beteiligen sich heutzutage an der Verbotseinhaltung und Verbotsdurchführung. Geraucht wird das Opium in den chinesischen Volksmassen trotzdem noch. Und noch immer verdienen ausländische Spekulanten Unsummen an dem Rauschgiftschmuggel.

Dr. K.W.

-----  
Attische Osterwanderung.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Am Larisa-Bahnhof, von dem die Strecke Athen-Saloniki ausgeht, herrscht ein ungewöhnliches Leben. Es ist Ostermontag, und eine Menge sonntäglich gekleideter Ausflügler steht bereit. Die meisten mit grossen Esspaketen in Körben und Taschen oder auch nur in Zeitungspapier lose verpackt. Nur wenige, meist junge Leute sind in Wanderkluft. Das Wandern ist in Griechenland noch kaum bekannt; es gibt erst seit kurzem Karten, die das Wandern in der Umgegend der heute gegen eine Million Einwohner zählenden Stadt Athen ermöglichen. Es gibt auch eine kleine Jugendbewegung, die sachgemässes Wandern pflegt. Der Anfang ist also gemacht.

Wir fahren zunächst in dem überfüllten Zug etwa eine Stunde lang. Zur Linken steigt das Gebirge empor; dort liegt Tatoi, die einstige Sommerresidenz des griechischen Königs. Es besass, eine Seltenheit in Griechenland, einen richtigen Wald; man erinnert sich, dass in den Wirren der Kämpfe um Republik oder Monarchie dieser Wald angezündet wurde, just als die königliche Familie sich dort befand....

An der Station Kjurka steigen wir aus. Maulesel zum Reiten stehen bereit,

um diejenigen, die den mässig steilen Aufstieg scheuen, bequem hinaufzubringen. Das Dorf liegt oben am Berg, ein malerisches Nest. An einem grossen freien Platze liegen ein paar Cafés und sprudelt ein stark fliessender Brunnen. Frauen holen Wasser in grossen Krügen oder in Autobenzinkannen, die leider mehr und mehr die alten attischen, schöngeformten, braunroten Tonkrüge verdrängen. Wir setzen uns in die Sonne, an einen der kleinen Tische und trinken ein Kaffeelaki in kleinen Mokatassen; im ärmlichsten Dorfcafé bekommt man den herrlichsten dicken griechischen Kaffee. Der Grieche - wie überhaupt der Orientale - trinkt den Kaffee nicht wie wir als Absud der gemahlten Bohnen, sondern er mahlt zunächst den Kaffee mehlfein, kocht ihn mit etwas Wasser in kleinen Kännchen auf und gibt dann das Ganze in winzigen Tassen. Es sieht für unsre westeuropäischen Augen eigenartig aus, wenn Bauern und Arbeiter in gleicher Weise wie die bürgerliche Eleganz zigarettenrauchend vor den kleinen Mokatassen sitzen. Zum Kaffee bekommt man stets ein grosses Glas Wasser. Neben uns sitzen die Bauern von Kjurka, politisieren, rauchen Zigaretten oder Wasserpfeife, spielen Trictrac oder dösen vor sich hin, unentwegt mit einer kleinen, rosenkranzähnlichen Perlenkette spielend; viele Männer tragen ständig solche Ketten mit sich, um ihren Händen eine Beschäftigung zu geben.

Dann kaufen wir ein: Salat, Oliven, Käse, Brot, Salami, Gurken, Tomaten, alles erstaunlich billig, und packen unsre Rucksäcke - ein in Griechenland noch wenig bekanntes Behältnis.

Der Weg führt langsam steigend nach Osten in ein Seitental. Sehr bald verengt er sich zu einem Pfad, der die Vorhöhen des Parnesgebirges erklimmt. Die Landschaft wird immer typischer. Graue Felsen, aber auf jedem kleinen Stück Erde spriesst es in bunter Mannigfaltigkeit. Zweimal kommen wir sogar an Quellen vorbei, einer grossen Seltenheit in Griechenland; frisch fliesst es über die marmornen Brocken dahin. Dann begegnet uns ein alter Mann in der Fustanella - das ist die altgriechische Männertracht: ein Hemd mit weiten, gefalteten Ärmeln, darüber ein ärmelloses besticktes Jäckchen; bis an die Kniee reicht ein viel gefaltetes Röckchen (ähnlich wie bei den Schotten), und die Füsse stecken in schnabelförmig nach oben gebogenen spitzen Schuhen - alles in einem blendenden Weiss. Diese Tracht trägt auch die republikanische Garde als Uniform. Später sehen wir noch eine Ziegenhirtin mit ihrer Herde. Sonst begegnet uns stundenlang kein Mensch. Auf etwa 600 Meter Höhe hat man einen wundervollen Blick - in der Ferne liegt das jedem Leichtathleten dem Namen nach bekannte Marathon, vor etwa 2500 Jahren der Schauplatz einer in der altgriechischen Geschichte bedeutsamen Schlacht. Heute wird dort, was viel vernünftiger ist, ein gewaltiges Staubecken gebaut. Amerikanisches Kapital hat bei Marathon an den wasserreichen Bergen des Pentelikongebirges einen See angelegt, der die für den Sommer notwendige Wassermenge nach Athen führen soll. Bei den Tunnelarbeiten ist man aber auf so starke Wasseradern gestossen, dass möglicherweise das Wasser des Stausees nicht mehr als Trinkwasser benötigt werden wird.

Wir rasten an einer Quelle mit gutem, eiskaltem Wasser. In geringer Entfernung stent eine kleine Kapelle, innen mit ein paar primitiven Heiligenbildern verziert. In einem Kasten liegen einige Kerzen, und daneben steht ein offener Behälter für das Geld. Der Grieche pflegt bei jedem Kirchenbesuch eine Kerze zu kaufen, zündet sie an und steckt sie dann in einen Leuchter. Von diesem Kerzenkauf und dem Erlös aus Heiligenbildern lebt die Kirche; Kirchensteuern oder Staatsdotationen kennt man nicht; es gibt nur freiwillige Leistungen.

Es ist erst Frühlingsanfang, und wir sind in etwa 700 Meter Höhe, aber alles blüht schon und ist grün und farbig. Das Korn steht reif. In Fülle und Farbigkeit schafft die Natur hier oben Leben, wo nur ein wenig Erde und Feuchtigkeit ist. Ich zähle auf einem Fleck von etwa einem Quadratmeter Fläche zwischen grossen Marmorblöcken gegen zwanzig verschiedene blühende Pflanzen. Die Vegetation ist erstaunlich; besonders eigenartig wirken wilde Tulpen. Natürlich gibt es auch blühende Orangenbäume, Lorbeer, Myrrhen und ...



viele auch bei uns heimischen Blumen, nur alle farbenfroher und duftender. Wir wandern, nachdem wir unsere Rucksäcke etwas erleichtert haben, weiter, nordwestlich, zum Teil durch Pinienwald, etwa eine Stunde lang, und erreichen die Fahrstrasse von Tatoi her. Hier wird es lebhafter. Dann und wann begegnet uns ein Auto, und am Heiligen Mercurios ist ein kleines Café. Kurz bevor sich die Strasse ins Tal senkt, haben wir einen wundervollen Ausblick über Ebene und Meer bis hinüber nach der Insel Euböa, deren hohe Berge noch Schnee tragen. Dann gehen wir, wieder eine Stunde lang, die schöne, in grossen Windungen und mit Stützmauern angelegte Strasse langsam ins Tal hinab, nach der Station. In einer kleinen, primitiven Wirtschaft trinken wir herbsüssen, harzgetränkten Rezina-Wein. Ein krächzendes Grammophon spielt zum Entzücken der Einheimischen griechische Volkslieder mit ihren eigenartigen Tonfolgen. Ein Jäger kommt. Er hat Wildenten mit dem Netz gefangen. Jetzt dreht er ihnen lebend die Flügel ab und schichtet sie kalt und grausam in einen Korb. Seine Frau, städtisch aufgeputzt, mit geschminkten Lippen und gemalten Augenbrauen, steht lächelnd dabei - Mitleid mit der Kreatur kennt der Südländer kaum. Dann kommt der Zug, gefüllt mit wanderfroher Jugend.

Rolf Gustav Haebler.

-----  
Vorfrühlingsfest.  
-----

SPD. Frühlingsfeste sind die ältesten Feste. Sie sind so natürlich wie der Frühling selbst. Wenn der lange Winter vorüber ist, dann freut sich der Mensch über die Massen, dass die Sonnenstrahlen wärmer werden und die Natur zu neuem Leben erwacht. Die Abhängigkeit von den Naturgewalten veranlasste die Menschen, der Gottheit aus Dankbarkeit zu opfern. Die Frühlingsopfer und Frühlingsfeste sind ganz besonders gefeiert und ausgezeichnet worden. Bei den altitalienischen Völkern gab es einen heiligen Frühling, wenn in Notzeiten die junge Mannschaft geweiht wurde, das Land zu verlassen und sich neue Wohnsitze zu suchen. Spuren uralter deutscher Frühlingsfeiern haben wir in Sitten und Gebräuchen bis auf unsere Zeit in vielerlei Formen erhalten. Man muss fast bedauern, dass Unverstand damit viel zu viel aufgeräumt hat. Denn das verbindet uns mit längst vergangenen Zeiten und belebt uns nüchterne Menschen mit Phantasie und Symbolen.

Doch wir sind heute nicht mehr in dem Masse abhängig von der Natur wie in früheren Zeiten. Vom Landbau lebt bei uns nicht mehr der vierte Teil des Volkes. Bei uns sind viel stärker die Abhängigkeiten der Menschen von einander. Die gegenseitigen Kämpfe der einzelnen Klassen sind viel einflussreicher und aufreibender als die Kämpfe der Landleute gegen die Unbilden der Natur. Auch da gibt es noch ein Aufundab: Winter, Frühling, Sommer, Herbst. Die Geschichte der Menschheit verläuft nicht gleichmässig, sondern in Gegensätzen. Nach Zeiten der Ruhe und Sättigung kommen Zeiten der Unruhe und Bewegung. Altes erstarrt in Winterkälte, und neue Keime brechen hervor unter der Decke, wenn die Zeit dafür gekommen ist.

Wo stehen wir heute? - Von Ruhe sehen wir keine Spur. Die Zeit vor dem Kriege mochte wohl eine Zeit der Ruhe sein. Der Krieg aber brachte alte Schwächen am Volkskörper zum Ausbruch. Im Fieber schüttelte sich die Menschheit, weil sie viel Krankheitsstoff angesammelt hatte. Seit der Zeit ist sie noch nicht wieder zur Ruhe gekommen, sondern in Bewegung geblieben wie ein Ameisenhaufen. Wenn man damals denken konnte, der Weltkrieg sei der letzte, man würde abrüsten, so erfolgt jetzt vielerorts ein Aufrüsten. Der Krieg hat die Leidenschaften aufgepeitscht und die Grenzen verändert. Die neuen Grenzen sind noch nicht gesichert. Die Völker können sich noch nicht daran gewöhnen, dass sie Ruhe und Frieden miteinander halten sollen. Die alte Rauf- und Kampflust steckt noch in ihnen und will sich nicht einschläfern lassen. Wir müssen

also anscheinend noch eine Weile warten, bis die Frühlingswinde kommen und eine andre Gesinnung hervorlocken und ein Silberstreifen sich am Horizont zeigt zur Herbeiführung eines wirklichen Weltfriedens. Wir stehen noch im Zeichen des Märzfrostes. Aber dräut der Winter noch so sehr, es muss der Frieden werden. Es muss alle Raub- und Gewaltsucht und Mordlust bezwungen werden. Wer das in sich selbst erreicht hat, der ist des Glaubens an einen Weltfrieden gewiss.

Innerhalb der Völker liegt der Kapitalismus auch noch nicht im Sarge. Bis zum Grabgesang ist er noch nicht zermürbt und zerfleischt. Was Jahrhunderte lang sich eingefressen und den Volkskörper bis in die letzten Nervenspitzen und Muskelfasern vergiftet und zerfleischt hat, ist langlebiger, als man denkt; auch wenn man merkt, dass es nur noch ganz schlecht arbeitet. Der Kapitalismus hat überationalisiert und wenig Voraussicht gezeigt. Bald die Hälfte aller Maschinen stehen still oder surren nur selten. Ueber 6 Millionen Menschen hat der Kapitalismus als unnütz auf die Strasse geworfen. Ueberall sind Läger und Speicher überfüllt, Waren ins Meer geworfen. Und dabei Hunger und Elend bei Millionen. Das sind deutliche Zeichen vom Sterben des Kapitalismus. Gewiss hat er einmal Grosses geleistet und seine Zeit gehabt. Er hat mit seinem Lockruf an die Profitsucht immerhin die technischen Leistungen gewaltig gesteigert. Jetzt aber stehen wir vor andern Forderungen. Jetzt muss sozialisiert werden. Die Ertragnisse müssen auf den Tisch gebracht werden. Jetzt heisst es, gemeinnützig denken und handeln, auch den Letzten und Ärmsten in den Genuss der Kulturgüter setzen. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass nicht nur ein Teil der Menschen an der Maschine steht und sich überanstrengt, sondern dass auch der Letzte und Ärmste Arbeit und Auskommen findet und sich wohl fühlen lernt. Wir sind heute so weit, dass die Maschinen die Hauptarbeit übernehmen und wir nur noch bei geringer Arbeitszeit ein der Kultur gewidmetes Leben führen können. Der Zukunftsstaat soll so sein, dass wir alle gleichen Anteil haben an den reichen Fortschritten der Kultur und Zivilisation, dass es keine Klassen mehr gibt, sondern wir alle als Brüder, als neue Menschen uns fühlen, wo der Leistungsfähigere in erster Linie mehr Pflichten hat als Rechte.

Wir haben heuer einen langen Winter. Der Frühling ist Ostern erst in Vorbereitung und Vorahnung. Der Nachwinter will nicht recht weichen. So stehen wir auch noch im Nachwinter des Kapitalismus. Wir merken erst leise die Geburtswehen einer neuen Ordnung der Dinge als Vorfrühling. Aber wer die Dinge durchschaut, der weiss, die Sonnenstrahlen werden immer wärmer und gewinnen schliesslich den Kampf.

Pfarrer Köttschke (Prösen).

SPD. Die Jungfernrede.<sup>x</sup> Der berühmte englische Physiker Isaac Newton gehörte dem House of Lords an. Man hatte schon immer auf eine Rede des grossen Denkers gewartet, aber bisher vergeblich. "Newton will sprechen!" hiess es da eines Tages, und alle wandten sich nach ihm um. Newton hatte in der Tat durch ein Zeichen mit der Hand deutlich gemacht, dass er zu sprechen wünschte. Als ihm der Präsident nun, selbst neugierig und erregt, sofort das Wort erteilte, erhob sich Newton unter allgemeinem Schweigen und sagte vernehmlich: "Ich beantrage, dass das hintere Fenster zugemacht wird. Es zieht."

SPD. Die richtige Adresse.<sup>x</sup> "Herr Ober, der Rinderbraten ist aber sehr, sehr hart."

"Da müssen Sie sich bei dem Rindvieh beschweren."

"Aber das tue ich doch gerade!"

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 18. März 1932.

Der Landtag führte am Freitag die politische Aussprache zu Ende.

Abg. Stendel (D.Vp.) erklärte, dass sich die Volkspartei für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl eingesetzt habe, weil sie seine historischen Verdienste anerkenne. Die Beschimpfungen Hindenburgs durch die Nationalsozialisten seien unerträglich gewesen. Zu begrüßen sei die Zurückziehung der Kandidatur Duesterberg. Der frühe Wahltermin der Preussenwahl mache eine geordnete Etatberatung unmöglich. Die Regierung habe keine Staats- sondern Parteipolitik getrieben. Bei der Personalpolitik sei auf die Wünsche des evangelischen Volksteils nicht genügend Rücksicht genommen worden. Von dem Kultusminister Grimme, der sich als Exponent einer Machtgruppe bezeichnet habe, sei allerdings nichts anderes zu erwarten. Die ständigen Angriffe gegen das Richtertum erschütterten die Staatsautorität. (Zuruf links: Das ist die Auswirkung politischer Fehlurteile!) Am Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen trage die falsche Regierungspolitik die Schuld. Den Meldungen des Innenministeriums über Bürgerkriegsvorbereitungen stehe er sehr skeptisch gegenüber. Sollten sie auf Wahrheit beruhen, so müsste allerdings mit den schärfsten Mitteln durchgegriffen werden.

Abg. Biester (Dtsch.Hann.) bedauert die parteipolitische Behandlung der Reichspräsidentenwahl. Eine Leichenrede auf die Harzburger Front zu halten erübrige sich, da sie auseinandergelaufen sei wie Harzer Käse. Die nationalsozialistische Agitation schade aussenpolitisch ausserordentlich. Der preussischen Verwaltungsreform müsse die Reichsreform vorangehen, die die Grundlage zu einer Vereinigung der Oesterreicher mit dem deutschen Mutterlande wäre.

Abg. Falk (Staatsp.) erklärt, dass die Reichspräsidentenwahl bewiesen habe, dass das Volk hinter Hindenburg stehe. Die Erledigung des Etats in einer Lesung sei nicht Schuld der Staatsregierung, sondern eine Folge der späten Ausgleichsverhandlung mit dem Reich. Letzter und tiefster Grund für die Not sei und bleibe der Krieg. Diese Wahrheit werde der Jugend von den Nationalsozialisten bewusst verschwiegen. Aber die Aeussierung des Ministerpräsidenten Braun, dass der Individualismus versagt habe und dass nur die gemeinwirtschaftliche Methode zu einem Wiederaufstieg führen könnte, schiesse weit über das Ziel hinaus. Wirtschaftliche Torheiten Einzelher könne man nicht dem System zur Last legen. Schuld an den Notverordnungen hätten schliesslich die, die am 14. September 1930 durch ihre Stimmabgabe den Reichstag arbeitsunfähig gemacht haben. Es sei notwendig, das Chaos zu bekämpfen und es sei Pflicht der Regierung, die Arbeitslosigkeit zu mindern und vorhandene Arbeitsgelegenheiten zu strecken.

Abg. Kasper (Komm.) erwidert dem Vorredner, dass der Kommunistischen Partei allein die Zukunft gehöre. Die Idee des Sozialismus habe in den letzten Jahren Millionen von neuen Anhängern bekommen. Deshalb machten insbesondere die Nazis Anleihen aus den sozialistischen Programmen. Die Sozialdemokratie sei nur eine scheinsozialistische Partei. Nur der revolutionäre Ausweg aus der Krise unter kommunistischer Führung könne die sozialistische Ordnung bringen. Die Agitation der Sozialdemokraten sei verlogen. (Grosse Unruhe bei den Soz., lebhafte Zwischenrufe. Der Redner wird zur Ordnung gerufen!) Er verliert zum Schluss eine Erklärung, nach der die Kommunisten mit dem System der Faschisierung am 24. April abrechnen werden.

Abg. Haase-Liegnitz (W.P.) setzt sich für die Förderung der freien Wirtschaft ein, die allein den Massen auf die Dauer Lohn und Brot gebe.

Abg. Haake (Nat.Soz.) beantragt zur Geschäftsordnung Schluss der Debatte, damit dem Landtag das Sterben leichter gemacht werde. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Schmelzer (Z.) weist die Angriffe der Redner der Rechtsparteien auf die Agrarpolitik des Zentrums zurück. Er kritisiert insbesondere die verlogene Agitation der Nationalsozialisten.

Abg. Pohl (Volksrechtp.) kritisiert die Ausgabenwirtschaft des Staates und setzt sich für die Aufwertung ein.

Abg. Baecker-Berlin (Landvolkp.) erklärt, dass Landvolk sehe in Hindenburg deshalb den Führer, weil er im Grunde seines Herzens konservativ sei. Dagegen sei die Sozialdemokratie landwirtschaftsfeindlich. Das preussische Landvolk werde deshalb im kommenden Wahlkampf für den Sturz des jetzigen Systems und für ein gut preussisches Regiment kämpfen.

Die Lesung des Haushaltsplans und die mit ihr verbundene politische Aussprache ist damit beendet. Da der Aeltestenrat beschlossen hat, den Etat nicht mehr dem Hauptausschuss zu überweisen, bleibt es bei dieser einen Lesung.

Bei schwach besetztem Hause wird schliesslich noch ein deutschnationaler Antrag gegen die Linke angenommen, der die Regierung ersucht, wegen der damit verbundenen Kosten eine Zusammenlegung zweier Gymnasien in Kassel nicht durchzuführen.

Nunmehr folgt die zweite Beratung des Antrages der Wirtschaftspartei, das Wahlalter in Preussen von 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen.

Abg. Schulz-Neukölln (Kom.) wendet sich gegen diesen Antrag unter scharfen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, der er unterschiebt, dass sie nur deshalb nicht für den Antrag sei, weil sie eine generelle Heraufsetzung des Wahlalters durch Reichsgesetz wünsche. Insbesondere habe sich der Abg. Hirsch dafür ausgesprochen. (Abg. Hirsch protestiert energisch gegen diese Unterstellung) Die Radikalisierung der Jugend sei zu begrüssen, weil die Jugend zu den Kommunisten stosse.

Abg. Hestermann (W.P.) begründet den Antrag seiner Fraktion mit dem Hinweis, dass der heutigen Jugend mit 20 Jahren sowohl Erfahrung als auch Reife für politische Fragen fehle. (Grosser Lärm b.d.Komm. Ein Sprechchor ruft unausgesetzt: Heil Moskau! Nieder mit den Systemparteien! Grosse Heiterkeit im ganzen Hause.) Es sei ungerecht, jungen Menschen das Wahlrecht zu geben, die nicht einmal volljährig sind.

Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung werden nur 105 Karten abgegeben, da Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutschnationale sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Das Haus ist also nicht mehr beschlussfähig.

Präsident Wittmaack hebt hierauf die Sitzung mit der Erklärung auf, dass diese Sitzung voraussichtlich die letzte in dieser Wahlperiode gewesen sei. Er behalte sich jedoch vor, den Landtag nach seinem Ermessen vor der Neuwahl noch einmal einzuberufen, falls sich eine Notwendigkeit dazu ergibt.

Damit ist die Sitzung und wahrscheinlich die Tätigkeit des Landtags, dessen Legislaturperiode nach der Neuwahl von 1928 begonnen hat, beendet.

Die Kommunisten verlassen den Saal mit Rot-Front-Rufen.

-----